

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2.25 M. (davon 97 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 3.97 M. einschließlich 60 Pf. Belegungs- und 72 Pf. Postbelegungsühren. Auslandsabonnement 6.65 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Posttarif 4.65 M.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage „Woll und Zeit“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. D. u. D. H.-G., Depositentk., Jerusalemstr. 63-66.

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einpalt. Millimeterzelle 20 Pf. Reklamazelle 2- M. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 20 Pf. (zulässig zwei festgedruckte Worte); jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt 1. Tarif. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt-Millimeterzelle 25 Pf. Familienanzeigen Millimeterzelle 16 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3 wochentäglich von 9 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Was wird im Reich?

Brüning und Hindenburg. — Vor wichtigen Entscheidungen.

Die Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten in Preußen sind zunächst verschoben worden. Sie treten zurück hinter der Entscheidung, die am Sonntag fallen soll. Am Sonntag mittag wird eine Aussprache zwischen dem Reichspräsidenten und Reichskanzler Brüning stattfinden, von deren Ergebnis es abhängt, ob eine Aenderung der Reichsgewalt eintreten wird. Während sich die Blicke der Öffentlichkeit auf den Zusammentritt des Preussischen Landtags und kommende Verhandlungen über eine Rechtskoalition in Preußen gerichtet haben, ist öffentlich und im Dunkeln außerordentlich stark gegen den Reichskanzler Brüning gearbeitet worden, und die Rechte setzt alles daran, um ihn zu Fall zu bringen. An seine Stelle soll ein Reichskabinet treten, in dem Generäle und weit rechts stehende Parteimänner den Ton angeben. Die Hoffnungen und Pläne der Nationalsozialisten gehen noch weiter.

Durch diese Angriffe ist die Regierungsgewalt im Reich unsicher geworden. Ihre Autorität schwankt, und schleunigste Klärung ist erforderlich — aus innenpolitischen Gründen sowohl wie angesichts der bevorstehenden Reparationsverhandlungen auf der Lausanner Konferenz. Es muß geklärt werden, ob der Rücktritt Groeners vom Reichswehrministerium der Anfang vom Ende der Regierung Brüning war, oder ob sich Brüning mit Zustimmung des Reichspräsidenten weiter an der Macht behauptet, um ein Abgleiten in chaotische Zustände zu verhindern.

Das Kabinet Brüning steht unmittelbar vier Aufgaben vor sich: den Erlass einer neuen Notverordnung, die durch die Lage der Reichs-, Länder- und Gemeindefinanzen wie durch die Not der Erwerbslosen bedingt ist, die Ergänzung des Reichskabinetts, in dem das Wehrministerium und das Wirtschaftsministerium uebeseht sind, die Auseinandersetzung mit dem Reichstag über die neue Notverordnung und die Durchführung der Reparationsverhandlungen.

Ueber die Notverordnung scheint bis auf kleinere Punkte Uebereinstimmung zwischen dem Reichspräsidenten und dem Kanzler zu herrschen. Der Reichspräsident wünscht Widerung der Kürzung von Kriegerrenten und Sicherung des ostelbischen Grundbesitzes gegen Enteignung bei Durchführung der Siedlungspläne. Diese Wünsche, so wird versichert, würden im Kabinet nicht auf Schwierigkeiten stoßen.

Die eigentliche Entscheidung aber wird über die Frage fallen, ob Brüning bei den Lausanner Verhandlungen das Vertrauen des Reichspräsidenten hat. Der „Deutsche“ hat am Vorabend dieser Entscheidung gegenüber der Bühlarbeit der Opposition eine Flucht in die Öffentlichkeit angetreten. Er beschuldigt die Rechte, daß sie vom Ausland her die Stellung Brünings zu untergraben suche. Er spricht von Verhandlungen über Aufrüstung, ein deutsch-französisches Militärbündnis und die Reduzierung der Reparationsschuld auf einen Betrag von 9 Milliarden Mark. Die französischen Kreise, mit denen diese Verhandlungen geführt wurden, namentlich des Comité des Forges, die französischen Schwerindustriellen, arbeiteten mit Kenntnis und Zustimmung der Kreise der deutschen Opposition auf eine Verschlebung der Verhandlungen von Lausanne hin. Der „Deutsche“ fährt dann fort:

„Diese Treibereien können nicht abgelehnt werden, denn Beweise liegen vor. Das alles läuft auf eine Sabotage der deutschen Außenpolitik hinaus. Und auf einen Sturz des Kabinetts Brüning mit Hilfe des Auslandes. Kein Wort der Beurteilung kann zu scharf sein für diese Sabotagepolitik und für die Unterminierungsarbeit im Innern. Es ist höchste Zeit, daß dieses Spiel aufgedeckt und ein Ende mit ihm gemacht wird.“

Es wäre sinnlos, das deutsche Volk mit neuen Opfern und Steuern zu belasten, wenn morgen die Regierung, die diesen bitteren Weg der Rettung führen will, gestürzt werden kann und das deutsche Schicksal den Experimenten der Opposition überlassen würde.

Alle Opfer wären umsonst gebracht. Niemand kann auch den Parteien, die hinter der Regierung stehen, zumuten, eine so schwere Verantwortung zu übernehmen, wenn sie nicht sicher sind, daß der Kurs, der allein alle Opfer rechtfertigt, weitergesteuert wird.“

Das ist allerdings der Kern der Frage! Alle diese Probleme, die vor dem Reichskanzler stehen, sind im engen Zusammenhang: führt der Angriff auf Groener — und man hört, daß er fortgesetzt wird — zum Zusammenbruch des Kabinetts, so sind zugleich Entscheidungen für Notver-

Helft den Gemeinden!

Das Reich muß für Krisen- und Wohlfahrtserwerbslose sorgen

Eine Reichskonferenz sozialdemokratischer Kommunalpolitiker, die am Donnerstag in Berlin tagte, nahm nach einem Referat des Berliner Stadtkammerers Asch über „Die Gemeinden unter den Notverordnungen“ einstimmig folgende Entschliebung an:

„In immer stärkerem Maße wälzt das Reich die Sorgen für die Unterstützung der Arbeitslosen und anderer Hilfsbedürftiger auf die Gemeinden ab. Die Gemeinden waren insgedessen gezwungen, mit eiserner Energie ihre Steuern anzuspinnen und ihre Ausgaben abzurufen. Dadurch wurden die Steuerlasten der arbeitenden Bevölkerung noch weiter erhöht, die sozialen Aufgaben der Gemeinden vernachlässigt, die Arbeitslosigkeit durch Drosselung der öffentlichen Arbeiten verschärft. Trotzdem hat sich die Finanzlage der Gemeinden immer gefährdender zuspitzt. Sie ist so unhaltbar geworden, daß sich endlich auch das Reich, das an der Notlage der Gemeinden den größten Teil der Schuld trägt, zu weitergehenden Hilfsmahnahmen genötigt sieht. Der Reichsausschuß für Kommunalpolitik der Sozialdemokratischen Partei hält aber die in der geplanten Notverordnung vorgesehenen Mahnahmen für durchaus unzureichend. Er stellt vielmehr fest,

daß es nur einen befriedigenden Ausweg aus dieser gefährvollen Lage gibt: die von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund seit langem geforderte Verschmelzung von Krisen- und Wohlfahrtserwerbslose unter voller Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung.“

Bei dieser Verschmelzung muß in erster Linie darauf geachtet werden, daß die Unterstützungssätze ein menschenwürdiges Dasein der Unterstützungsempfänger gewährleisten.

Andererseits muß der Anteil, den die Gemeinden an der ge-

meinsamen Arbeitslosenfürsorge zu tragen haben werden, so festgesetzt werden, daß ihnen die Aufrechterhaltung ihrer finanziellen Existenzgrundlage und ihrer Aufgaben gesichert wird. Wegen die in letzter Zeit durchgeführte und in manchen Landesteilen vorgenommene Senkung der Fürsorgeätze wird schärfstens protestiert.

Die zur Finanzierung dieser Einrichtung noch erforderlichen Mittel müssen vor allem von den noch leistungsfähigen Schichten der Bevölkerung und nicht von den Arbeitnehmern allein aufgebracht werden. Eine Forterhebung der Bürgersteuer darf nur in Frage kommen, wenn alle sozialen Härten beseitigt werden, die sich bisher bei ihrer Erhebung gezeigt haben. Solange die Vereinheitlichung von Krisen- und Wohlfahrtserwerbslose noch nicht durchgeführt ist, muß das Reich den Gemeinden die erforderlichen Mittel in ausreichender Höhe zur Verfügung stellen, um sie zur vollen Erfüllung ihrer sozialen Pflichten zu befähigen. Die Verteilung dieser Mittel muß nach objektiven Maßstäben erfolgen, die die Ausgleichsfonds der Länder im wesentlichen überflüssig machen.

Darüber hinaus erblickt der Reichsausschuß für Kommunalpolitik der Sozialdemokratischen Partei die wichtigste Aufgabe in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit selbst.

Ohne zu verkennen, daß die entscheidenden Voraussetzungen in der Ueberwindung der sachlichen Gefahr und in der außenpolitischen Verständigung liegen, ist er doch davon überzeugt, daß durch eine großzügige Arbeitsbeschaffungsaktion eine Widerung der Arbeitslosigkeit erreicht werden könnte. Bei dieser Aktion sind solche Arbeiten zu bevorzugen, bei denen der Anteil der Arbeit an den Gesamtkosten möglichst groß ist, wie Wohnungs- und Straßenbau. Weiterhin muß im Rahmen der Aktion den Gemeinden ermöglicht werden, die Fürsorgearbeit und die Betreuung der erwerbslosen Jugend durch produktive Schulung und Arbeit in ausreichendem Umfang durchzuführen.“

Reichstagsbeginn am 6. Juni?

Die Reichsregierung wünscht längere Vertagung.

Bei der vom Reichstagspräsidenten Löbe für Dienstag nachmittag einberufenen Sitzung des Vorkonferenzrats handelt es sich um die Sitzung, die bei der Vertagung des Reichstages von diesem selbst zur Entscheidung über den Termin des Wiederzusammentritts des Parlaments in Aussicht genommen war. Der Reichstag selbst hatte dabei den Wunsch zum Ausdruck gebracht, am 6. Juni wieder zusammenzutreten. Präsident Löbe wird, wie das Nachrichtenbüro des VDK, hört, in der Vorkonferenzsitzung am Dienstag diesen Wunsch vertreten.

Ob es tatsächlich zur Einberufung des Reichstages für den 6. Juni kommt, hängt allerdings noch von dem weiteren Verlauf der Beratungen des Kabinetts über den Etat und die dazu gehörige Notverordnung und insbesondere von der für Sonntag in Aussicht genommenen Besprechung des Reichspräsidenten mit dem Reichskanzler ab. Schon jetzt neigt man in Kreisen der Reichsregierung zu dem Wunsch, die Pause in den Reichstagsverhandlungen zu verlängern.

Ferner wird sich der Vorkonferenzrat am Dienstag mit der Frage zu beschäftigen haben, ob auch bei einer bloßen Vertagung des Parlaments die in der Verfassung erwähnte Minderheit das Recht zu vorzeitiger Einberufung des Reichstages haben soll. Für den Preußi-

schen Landtag ist dieses Recht der Minderheit durch ein Urteil des Staatsgerichtshofs festgestellt worden. Präsident Löbe hat den Wortlaut dieses Urteils vervielfältigen und den Mitgliedern des Vorkonferenzrats als Grundlage für die Beratungen am Dienstag zustellen lassen.

Die Einnahmen des Reiches im April.

Folgen der Vorverlegung von Steuerterminen.

In dem ersten Monat des neuen Finanzjahres 1932/33, dem April, betragen die Einnahmen des Reiches aus Besitz- und Verkehrssteuern 300 Millionen und aus den Zöllen und Verbrauchsabgaben 255,8 Millionen Mark. Die Gesamteinnahmen des Reiches stellen sich im Berichtsmontat also auf 555,8 Millionen Mark.

Wenn die Einnahmen aus den Besitz- und Verkehrssteuern im Vergleich zu dem April 1931 um fast 280 Millionen Mark niedriger liegen, so lassen sich diesmal diese beiden Monate nicht ohne weiteres gegenüberstellen. Bekanntlich waren die normalerweise in den April fallenden Termine für die Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuern diesmal schon auf den Monat März vorverlegt, so daß die entsprechenden Einnahmen für den Berichtsmontat weggefallen sind.

ordnung und außenpolitische Verhandlungen gefallen.

Wenn der Kanzler damit rechnen muß, daß er sein Kabinet mit oder ohne Ergänzung gerade noch über die Lausanner Konferenz hinausziehen kann, aber nicht weiter, so muß er gleichzeitig damit rechnen, daß er keinerlei Chancen mehr für eine Auseinandersetzung über die Notverordnungen mit dem Reichstag hat.

Was bisher über die neue Notverordnung bekannt geworden ist, gibt das Bild einer Fortsetzung des Sozialabbaues: neuer Angriff auf die Arbeitslosenversicherung, Lastenverteilung unter Außerachtlassung des Gesichtspunkts der sozialen Gerechtigkeit, kleine und wenig überzeugende Pläne zur Arbeitsbeschaffung, die weit hinter allen berechtigten und wohlbegründeten Forderungen zurückbleiben.

Am Sonntag wird die Entscheidung fallen, ob Brüning

bleibt oder geht, ob Deutschland fernerhin eine starke, verfassungsmäßige Reichsgewalt haben wird oder ob das Zusammenspiel von Großagrariern und Schwerindustriellen und den Hintermännern des Sturzes von Groener mit der lärmenden Agitation der Nationalsozialisten im Hintergrund eine grundlegende Aenderung des Kurses erzwingt, die in gefährvolle und nebelhafte Verhältnisse führen muß. Diese Entscheidung liegt beim Reichspräsidenten.

Wenn aber diese Entscheidung gegen die Treiber von rechts her zugunsten von Brüning fällt, so bleibt immer noch die Frage, wie der Kanzler mit dieser Notverordnung, so wie sie jetzt erscheint, mit diesem neuen Druck nach unten, der zugleich eine Enttäuschung für alle bedeutet, die auf konstruktive Pläne zur Arbeitsbeschaffung gedrängt haben, durch den Reichstag zu kommen gedenkt?

Zehn gegen einen!

Eine erschöpfte Lehre.

Als noch den beschämenden Prügeleien im Sitzungssaal des Landtages ein kommunistischer Abgeordneter erschien, aus dessen Verband Blut über das Gesicht tropfte, rief er den noch anwesenden fungenden Nationalsozialisten zu: „Zehn für einen, ihr Hunde, das sollt ihr noch bezahlen!“

Zehn für einen — ja, steht es nur im Sitzungssaal des Landtages so oder werden die Kommunisten sich jetzt überlegen, daß sie auch draußen im Lande bei ihren Kämpfen mit den Nationalsozialisten mindestens vier gegen einen haben und wie es so weit kommen konnte?

Weil sie selber lange genug geschrien haben. Braun und Sepping, das ist eben so schlimm, wie Hitler und Straßer! Sozialdemokraten und Nationalsozialisten, das ist kein wesentlicher Unterschied! „Auf, gegen die Sozialdemokraten“, mit dieser Parole haben sie es endlich erreicht, daß jetzt im Landtagsitzungssaal und draußen im Lande vier gegen einen bei der Auseinandersetzung zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten stehen.

Die Front der Arbeiter mußte zerrissen, der proletarische Klassenruhr als Verräter angeprangert, der Zweifel an den gemeinsamen Kampf der Arbeiter geschürt und so der Heerkönn der Reaktion ständig vergrößert werden, bis jetzt die Prügel der Uebermacht das Resultat der Zersplitterungsarbeit sind!

Wie haben sie uns gehöhnt, als wir die Mehrheit des Volkes als das allein tragbare Fundament staatlicher und wirtschaftlicher Umformungen erklärten. Nur die Gewalt sollte es sein, die auch nach ihrer Ansicht die Entscheidungen im politischen Leben bestimmt! Nicht die Mehrheit, sondern eine aktive Minderheit lautete ihre Parole, und die Antwort darauf ist es, die ihnen jetzt aus dem Sitzungssaal des Landtages entgegenschallt.

Wie bei dem Ueberfall auf den Journalisten Klag im Speiseaal des Reichstags vier oder fünf gegen einen — das zeigt die Tapferkeit der nationalsozialistischen Prügelhelden, aber es zeigt auch die politische Situation, in welche die Zersplitterungsarbeit der Kommunisten die deutsche Arbeiterklasse gedrängt hat. Wie hätte die Reaktion in solcher Weise gegen die zahlenmäßige Uebermacht der Arbeiter- und Angestelltenkreise ihr Haupt erheben können, wenn nicht die Zersplitterungs- und Zertrümmerungstätigkeit der Kommunisten den Widerstand geschwächt und die Kräfte vermindert hätte!

Vielleicht zeigt nun dieser Zwischenfall, bei dem die Kommunisten die Opfer der Prügelhelden wurden, daß doch ein Unterschied ist, ob ihnen die Sozialdemokraten oder die Nationalsozialisten gegenüberstehen, zeigt ihnen, gegen wen zu kämpfen ihre Aufgabe ist und öffnet ihnen endlich die Augen für die Notwendigkeit der Verteidigung des demokratischen Rechtsbodens gegenüber aller Gewalt!

Liehmann geohrfeigt.

Ehrenmänner mit Sotentreuz unter sich.

Handgreifliche Austreibung politischer Meinungsverschiedenheiten gehört mit zur „nationalen Erneuerung“ des „erwachenden Deutschland“. Der Ueberfall auf Bels, die Mißhandlung von Klag im Reichstag, die Prügelei im Landtag sind bloß schüchterne Anfänge, die auf dem Gebiete des politischen Kampfes weite Perspektiven eröffnen.

Auch die Ohrfeige, die der frühere Referent beim Stabe Stennes, Dr. Kempe, dem jetzigen nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Liehmann jr. vor einigen Monaten auf der Friedrichstraße verabreichte, fällt in dies Gebiet. Allerdings, der Stennesmann Dr. Kempe glaubte von seinem „Offiziersstandpunkte“ aus Ursache zu haben, seinem Standesgenossen Liehmann auf diese Weise eine Lektion erteilen zu dürfen. Vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte wurde der „Ehrenhandel“ der Ehrenmänner durch ein Gerichtsurteil erledigt.

Liehmann gehörte seinerzeit zu dem engeren Kreise um Stennes. Als dieser sich von Hitler trennte, schwor Liehmann seinen Freunden Stennes, Biegel, Dr. Kempe Treue. Er bog sich auch nach Weimar, um an der von Hitler einberufenen Konferenz teilzunehmen, verlor jedoch seinen Einfluß im Sinne der Versöhnung geltend zu machen. Unter allen Umständen wollte er über den Verlauf der Konferenz berichten. Dann aber rührte er sich nicht. Dr. Kempe schrieb an ihm, erhielt aber keine Antwort. Der Fliegerleutnant Felgens richtete an ihn zwei Briefe; auch er erhielt keine Antwort. Dr. Kempe und seine Freunde waren über dies Verhalten außer sich.

Am 3. März stieß Dr. Kempe bei Wächter in der Friedrichstraße auf Liehmann. Dieser sah über ihn hinweg. Einmal, ein zweites Mal. Dr. Kempe bog sich auf die Straße, postierte sich so, daß er Liehmann beobachten konnte; dieser wachte den Platz. Kempe tat das gleiche, und als Liehmann auf die Straße trat, verlegte ihm Kempe mit den Worten: „Kennen Sie mich jetzt?“, eine schallende Ohrfeige. Liehmann taumelte zurück, Kempe legte die Hände auf den Rücken. Liehmann fragte: „Wollen Sie noch einmal schlagen?“ Darauf Kempe: „Nein. Wollen Sie meine Adresse? Da steht ja ein Schupmann. Wenn Sie jetzt nicht handeln, so kommt das Ganze in die Presse.“ „Ihr habt eine feine Komplexion“, sagte Liehmann, und entfernte sich. Dr. Kempe warnte, daß Liehmann ihm seine „Sekundanten“ schicken würde; das geschah nicht. Das Stennesblatt veröffentlichte den Vorfall, der den Offizier Liehmann in seinen Kreisen unmöglich machen mußte.

Jetzt erst strengte Liehmann eine Klage wegen tätlicher Beleidigung an. Nachdem Dr. Kempe ihn öffentlich geohrfeigt hatte, war dieser für ihn angeblich „nicht mehr satisfaktionsfähig“.

Das Gericht verurteilte Dr. Kempe wegen tätlicher Beleidigung zu 100 Mark Geldstrafe.

Privatwirtschaftlicher Sozialismus.

Gregor Straßer hat vor den nationalsozialistischen Betriebszellenorganisationen seinen verballhornten Sozialismus vorgeführt. Er gipfelte in dem Satz:

„In dem heutigen Zustand kann nur der Staat ein derartiges Programm durchführen. Wir werden aber dafür sorgen, daß die staatlichen Zwangsmaßnahmen so bald wie möglich wieder abgebaut werden, um einer geläuterten und sittlichen Privatwirtschaft Platz zu machen.“

Geläuterte und sittliche Privatwirtschaft — man meint, einen der moralisierenden Klopffischer des Kapitalismus aus frühkapitalistischen Zeiten zu hören! Aber Privatwirtschaft und Sozialismus, wie reimt sich das zusammen? Ebenso gut könnte man sagen: Herr Straßer sei ein gottloser Christ, ein jüdischer Verräter oder ein weißer Keger!

Zur Saalschlacht im Landtag.

Nachspiele auf den Straßen. — Kerri meldet sich.

Die blutigen Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten im Preussischen Landtag haben in Berlin Nachspiele auf den Straßen gehabt. An verschiedenen Stellen der Stadt haben Schlägereien zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten stattgefunden. Es scheint auf beiden Seiten die Absicht zu bestehen, mit Hilfe der Landtagschlägerei den Schlägereien in den Straßen neue Antriebe zu geben.

Die kommunistische Presse setzt ihre verlogenen Angriffe gegen die Sozialdemokratie fort, die sie der Einheitsfront mit den Nazis beschuldigt. Diese verlogenen Vorwürfe richten sich von selbst. Wir wollen jedoch keinen Zweifel darüber lassen, daß wir die kommunistische Taktik der Schlägerei auf den Straßen ebenso ablehnen wie die Taktik des Stuhlsbeins im Landtag!

Kerri findet die Sprache wieder.

Der nationalsozialistische Landtagspräsident Kerri, der in der Kellertentratssitzung geschwiegen hatte, hat die Sprache wieder gefunden. Er erklärte am Donnerstag auf Betragen, ob und welche geschäftsmäßigen Folgerungen aus den Zusammenstößen im Landtag gezogen werden würden, daß hierüber zur Zeit noch nichts gesagt werden könne. Er werde später veranlassen, daß in Zukunft sich vor der Rednertribüne Abgeordnete auf keinen Fall mehr versammeln dürften. Die Abgeordneten sollten vielmehr erfußt werden, innerhalb der Bänke zu bleiben. Die Frage, ob die gegenwärtigen Ordnungsbestimmungen des Hauses verschärft werden müßten, werde erst im Einvernehmen mit dem Kellertentrat entschieden werden können.

Rollkommando als Hauspolizei.

Vor Beginn der Kellertentratssitzung am Mittwochabend hatten vor dem Beratungszimmer des Kellertentrats Nationalsozialisten

einen Kriminalbeamten weggeführt, der sich dort ihrer Meinung nach widerrechtlich aufgehalten hatte. Der Landtagspräsident hat über diesen Vorfall eine Auskunft vom Polizeipräsident erbeten. Im Polizeipräsidentium wird erklärt, daß der betreffende Beamte lediglich die Absicht hatte, den Polizeipräsidenten Grzelinski zu sprechen, der in seiner Eigenschaft als Abgeordneter in Vertretung des bei den Zusammenstößen erheblich verletzten sozialdemokratischen Abgeordneten Bürger an den Verhandlungen des Kellertentrats teilnahm. Dadurch, daß der Kriminalbeamte abgedrängt worden sei, sei das Abgeordnetenrecht des Polizeipräsidenten verletzt worden.

Wie wir weiter dazu erfahren, hatten die Nazis nur der Tür des Zimmers, in dem der Kellertentrat beriet, ein regelrechtes militärisch aufgelegenes Rollkommando aufgestellt, das dort Polizeidienst tat und ganz regelrecht abgelöst wurde!

Polizeiliche Zeugenvernehmungen.

Im Anschluß an die Schlägerei im Preussischen Landtag haben sich zahlreiche Tribünenbesucher der Polizei als Zeugen angeboten. Der Landtagspräsident hat die Vernehmung dieser Zeugen durchführen lassen und die Protokolle der Staatsanwaltschaft zur Verfügung gestellt.

Zentrum verjagt Verhandlungen.

Am Donnerstag sollte zwischen Zentrum und Nationalsozialisten die erste Fühlungnahme wegen der Neubildung der preussischen Regierung vor sich gehen. Angesichts der blutigen Schlägerei im Landtag, an der die Nationalsozialisten ausschlaggebend beteiligt waren, hat das Zentrum jedoch auf diese vorläufige Fühlungnahme verzichtet.

Die Totschläger von Hückeswagen.

Drei Nazis zu Gefängnisstrafen verurteilt / Was Nazis Notwehr nennen.

Wuppertal, 26. Mai. (Eigenbericht.)

In dem Hückeswagener Mordprozeß gegen mehrere Nationalsozialisten, die drei Kommunisten ermordet haben, wurde am Donnerstag der Bäcker Willmund wegen Totschlags zu 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis und wegen verbotenen Waffenbesitzes zu 50 Mark Geldstrafe, der Dachdecker Marx wegen Totschlags zu 3 Jahren Gefängnis, 3 Jahren Ehrverlust und wegen verbotenen Waffenbesitzes zu 50 Mark Geldstrafe und der Zahnarzt Dr. Heutenkamp wegen Raufhandels zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verurteilten sind sämtlich Mitglieder der Nazi-Partei; sie bleiben in Haft.

Dem Gerichtsverfahren lag ein Vorfall am Tage der ersten Reichspräsidentenwahl zugrunde. In diesem Tage kommandierten die Nazis von Bannep einen Trupp nach Hückeswagen, der dort schwere Zusammenstöße mit Kommunisten provozierte. Der Zahnarzt Dr. Heutenkamp ging ohne jeden Anlaß mit eingestemmen Armen durch einen Trupp von Kommunisten. Infolgedessen kam es zu einer Schlägerei, in deren Verlauf Heutenkamp den Befehl zum Schießen gegeben haben soll. Ohne bedrängt zu sein, gab daraufhin der Bäcker Willmund mehrere Schüsse ab, wodurch der Arbeiter Blumenberg tödlich getroffen wurde. In der Meinung, daß der Schütze sich in das Haus des Dachdeckers Marx geschlichtet hätte, zogen die Kommunisten dorthin und verlangten die Herausgabe des Verbrechters. Marx gab nach kurzem Wortwechsel ebenfalls durch das Fenster der Haustür mehrere Schüsse ab, wodurch der Arbeiter Wandre und der Arbeiter Fries, der Bruder des sozialdemokratischen preussischen Landtagsabgeordneten Willi Fries-Rain, getötet wurden. Die Opfer der Mordtäter waren Kommunisten.

Der Staatsanwalt hatte gegen Willmund wegen Totschlags 7 Jahre 3 Monate Zuchthaus, gegen Marx 10 Jahre Zuchthaus und gegen Heutenkamp wegen Anstiftung 8 Jahre Zuchthaus beantragt.

Die Urteilsbegründung.

In der Urteilsbegründung im Hückeswagener Prozeß wird u. a. darauf hingewiesen, daß Dr. Heutenkamp als Führer des von

Bannep nach Hückeswagen gekommenen SA-Trupps den entstandenen Raufhandel hervorgerufen habe. Von der Anklage der Anstiftung zum Totschlag habe man Dr. Heutenkamp jedoch freisprechen müssen. Wenn das Gericht bei dem Strafmaß für Dr. Heutenkamp ganz erheblich über die Mindeststrafe für Raufhandel hinausgegangen sei, so sei dies deshalb geschehen, weil Heutenkamp eine schwere moralische Schuld an dem Tode der drei Kommunisten habe. Hinsichtlich des Angeklagten Willmund sei es nicht möglich gewesen, die Frage, ob Willmund in Notwehr gehandelt habe, genau zu klären. Wenn man bei ihm Notwehr annähme, so müßte auf jeden Fall festgestellt werden, daß er über das erlaubte Maß einer Abwehrhandlung hinausgegangen sei. Mit Rücksicht auf die Jugend und die bisherige Straflosigkeit des Angeklagten habe das Gericht bei Willmund jedoch mildernde Umstände angenommen. Im Falle des Angeklagten Marx, der wegen zweier Totschlaghandlungen unter Anklage stand, habe das Gericht festgestellt, daß hier nur ein Totschlagsakt anzunehmen sei, da Marx nicht auf einzelne Personen, sondern auf eine Gruppe geschossen habe. Auch Marx sei über die zulässige Grenze der Notwehr weit hinausgegangen. Er habe gemißhandelt mit Menschenleben gespielt, so daß das Gericht auch auf drei Jahre Ehrverlust erkannt hat.

Notwehr, wie die Nazis sie auffassen.

Dieser Hückeswagener Prozeß war der eigentliche Anlaß zur Saalschlacht im Landtag. Der Nazianwalt Freisler aus Rassel hatte wieder Angriffe gegen die Staatsanwaltschaft erhoben, weil sie Zuchthausstrafen beantragt hatte. Er behauptete, die Angeklagten hätten in Notwehr gehandelt und wären freizusprechen.

Das Gericht hat festgestellt, was es mit dieser Art nationalsozialistischer Notwehr auf sich hat!

Die nationalsozialistische Fraktion des Preussischen Landtags, die mit den unglaublich propägorischen Reden von Freisler und Kube die Saalschlacht eingeleitet hat, beruft sich ebenfalls darauf, daß sie in Notwehr gehandelt habe. Diese Notwehr war von derselben Art, wie die der Totschläger von Hückeswagen!

Straßenrawalle.

Ausbreitungen in verschiedenen Teilen des Reichs.

In Hamburg kam es am Seegerplatz zu einem ersten Zusammenstoß, bei dem mehrere Personen durch Schüsse verletzt wurden. Aus den Reihen der Erwerbslosen stelen Revolvergeschosse, durch die ein Beamter schwer verwundet worden ist. Daraufhin griff die Polizei ebenfalls zur Waffe und verletzte einen Erwerbslosen, der zuvor auf die Beamten geschossen hatte. Der Betroffene ist von den Demonstranten weggeschafft worden. Der Seegerplatz wurde anschließend von einem verhärteten Polizeiaufgebot geräumt.

In Düsseldorf erschienen am Donnerstagabend gegen 18 Uhr auf der Königsallee eine Truppe junger Leute in Stärke von 100 bis 150 Mann, die die Internationale singend im Lautschritt die Straßen passierte. Bloßlich ergriffen die Leute die vor einem Café stehenden Tische und Stühle und schleuderten sie in die Fenster. 3 bis 4 große Schauwägen und die Schutzscheiben einer Anzahl parkender Autos gingen in Trümmer. Ehe das Ueberfallkommando erschien, waren die Demonstranten verschunden.

In Dortmund kam es am Donnerstagvormittag vor dem Stadthaus ähnlich wie bereits am Mittwoch wieder zu Ansammlungen, die jedoch bald von der Polizei zerstreut wurden. Drei Frauen wurden verhaftet.

In Wuppertal veranstalteten wegen der Kürzung der Unterstützungslage Woblfahrtserwerbslose vor dem Ratmer Rathaus eine Demonstration, die so bedrohlichen Charakter annahm, daß sich die Polizei zur Räumung des Rathausvorplatzes gezwungen sah. Einem Teil der Demonstranten gelang es, bei der Säuberungsaktion in das Rathaus einzudringen. Ein Polizeikommando besetzte daraufhin das Rathaus und kontrollierte die Besucher. Gegen 11 Uhr wurde das Rathaus von der Polizei vorübergehend

geschlossen, um eine reibungslose Abfertigung der Unterstützungsempfänger zu ermöglichen. Später kam es in den in der Nähe des Rathauses liegenden Straßen immer wieder zu Kundgebungen.

Anklage gegen Klagges.

Die Beschwerdeschrift an Groener.

Die schon erwähnte Denkschrift der sozialdemokratischen Fraktion des Braunschweigischen Landtags an den Reichsinnenminister, in der die Klagen und Beschwerden gegen die Nationalsozialisten und besonders gegen die Amtsführung des braunschweigischen Innenministers Klagges zusammengefaßt sind, ist jetzt erschienen. Sie ist sehr umfangreich und umfaßt 48 eng bedruckte Seiten im A4-Format.

Im einzelnen werden in der Denkschrift behandelt die Reden nationalsozialistischer Führer, die zum Teil eine äußerst aufreizende Wirkung hatten, die häufigen Zusammenstöße mit Andersdenkenden, die SA-Kasernen als Unruheherde, ferner die nach Ansicht der sozialdemokratischen Fraktion der Verfassung widersprechende Haltung der Nationalsozialisten in Personalfragen der Polizei und die nationalsozialistische Einwirkung auf politische Anordnungen, Behörden und Gesele. Die Beschränkung der Vereinigungsfreiheit, die als verfassungswidrig bezeichnet wird, und Einzelsätze von willkürlicher Entziehung der Polizeigewalt.

Weiter wird der Verstoß republikanischer Zeitungen geahndet, wie sie namentlich zur Zeit der Reichspräsidentenwahl an der Tagesordnung waren, denen eine weitgehende Duldung nationalsozialistischer Presseausbreitungen gegenüberstand. Schließlich wird noch auf die einseitige Handhabung des Wzuzugs- und Versammlungsverbots hingewiesen, die zu einer Behinderung der Wahlarbeit bei der Reichspräsidentenwahl geführt habe.

Arbeiter- oder Adelspartei?

Das wahre Gesicht der Nationalsozialisten.

Aus dem neu erschienenen Mitgliederverzeichnis des Deutschen Bundtags stellen wir fest, daß die nationalsozialistische Fraktion von der Spitze her folgende aristokratische Gliederung aufweist:

- 1 Prinz: August Wilhelm, Prinz von Preußen.
- 3 Freiherren: Freiherr von Elz-Rübenach, Freiherr von Seegor, Freiherr von Kanne.
- 1 Graf: Graf von Helldorf.
- 3 königliche Kollige: von Reindorf, von Webel-Perlam, von Wörlich.

Die Aristokratie hat es danach sehr gut verstanden, Anstoß an diese „Arbeiterpartei“ zu finden!

Für rührselige Lesarten beiderlei Geschlechts verbreitet die Nazipresse die sentimentale Nachricht, daß der Prinz Luwi zugunsten vermumpelter SA-Leute auf seine Diäten verzichtet habe. Nachdem sein Herr Papa beim Hohenzollernbergleich ein Vermögen von schätzungsweise 125 Millionen Mark, davon 15 Millionen Mark in bar, Rest hauptsächlich in landwirtschaftlichen Grundstücken und städtischen Mietshäusern herausgepreßt hat, ist ein Verzicht auf ganze 7500 M. in Jahr allerdings eine Hebelleistung. Als seinen Wohnsitz gibt der Herr übrigens an: Villa Alegenig, Potsdam-Sanssouci. Auf Strich scheint er noch nicht schlafen zu müssen!

Totschlag aus Rache.

Vier Altonaer Kommunisten verurteilt.

Hamburg, 26. Mai. (Eigenbericht.)

In Altona wurde am Donnerstag der Kommunist Böhlstedt wegen versuchten Totschlages zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Drei seiner Komplizen erhielten Gefängnisstrafen zwischen einem Jahr drei Monaten und einem Jahr. Die Angeklagten hatten vor einiger Zeit aus Rache für die Erschießung des kommunistischen Bürgerchaftsmittelschies Hennis einen planmäßigen Überfall auf ein Nazifokal unternommen und zwei Nationalsozialisten zum Teil erheblich verletzt.

Was ist Angriffswaffe?

Diesmal Frankreich gegen de Brodère.

Graf, 26. Mai. (Eigenbericht.)

Als nun einer Unterkommision der Abrüstungskonferenz der deutsche Vorschlag entsprechend den Bestimmungen des Versailles Vertrages die gesamte Militärindustrie als Angriffswaffe zu erklären, abgelehnt worden war, wurde der sozialistische Senator de Brodère in der deutschen Rechtspreffe heftig angegriffen, weil er sich erlaubt hatte, die Unzumutbarkeit der deutschen Formulierung festzustellen. Am Donnerstag zieht dagegen die

französische Presse auf Befehl gegen de Brodère

los, weil er ein Verschleppungsmanöver der französischen Delegation durchkreuzte.

Die von de Brodère herbeigeführte Entscheidung betrifft den Unterschied zwischen den Flugzeugen mit und ohne Angriffscharakter. Frankreich wollte nur ein Kennzeichen gelten lassen, nämlich das Übergewicht des Flugzeugs, um neben allen Jagdflugzeugen auch einen Teil der Bombenflugzeuge reiten zu können. Die Kommission aber nahm mit 19 gegen 16 Stimmen die Formel de Brodères an, die außer dem Übergewicht noch die Motorstärke und deren Verhältnis zu den Tragflächen als Kennzeichen bestimmt. Als Raffigis-Frankreich wieder mit einem neuen endlosen Fragebogen kam, mies ihn de Brodère energisch zurück. Ebenso sprachen der deutsche Vertreter Brandenburg und der Vorsitzende de Ballaton-Schweiz energisch gegen eine neue Verschleppung.

Die Kommission für chemische Kampfmittel hat am Donnerstag beschlossen, alle den Organismen von Menschen, Tieren und Pflanzen schädlichen Stoffe, einzelne womit sie zur Wirksamkeit gebracht werden, samt den dazu notwendigen Spezialapparaten der qualitativen Verifizierung verfallen zu lassen. Das gleiche gilt von sämtlichen Bakterien gleich welcher Verwendung und von den Mitteln zur Erzeugung von Bränden.

Die Marinekommission hat als erste ihren Berichtsentwurf fertiggestellt.

Keine einzige Schiffskategorie ist darin einheitlich beurteilt.

Ergibt dessen sind die Meinungen der Delegationen hintereinander aufgezählt. Danach kann vom Uminerschiff bis zum U-Boot und der elektrischen Torpedine alles verboten werden oder alles erlaubt bleiben. Interessant ist in diesem Bericht die dauernd wiederkehrende Feststellung, daß der politische Angriffswille eines Staates entscheidet, ob eine Schiffskategorie eine Angriffswaffe darstellt oder nicht.

Deutschland und Rumänien.

Um die Neuregelung der Wirtschaftsbeziehungen.

Zwischen Deutschland und Rumänien sind die Handelsbeziehungen bisher nur durch ein provisorisches Abkommen geregelt, da der im vergangenen Sommer abgeschlossene Handelsvertrag mit Vorzugszöllen für die Einfuhr rumänischer Getreides noch nicht in Kraft gesetzt worden ist. Während Deutschland sich seit längerer Zeit zu einer Ratifizierung dieses Handelsvertrages bereit erklärt hat, zögert die rumänische Regierung noch, weil sie die Klärung der Wirtschaftsprobleme innerhalb des Danabereichs abwarten will.

Da sich Rumänien besonders an der Festsetzung der zweijährigen Geltungsdauer des abgeschlossenen Handelsvertrages löst, hat es den Vorschlag gemacht, die Vorzugszölle in das bestehende provisorische Abkommen einzugliedern und dabei eine Kündigungsfrist von vier Wochen festzulegen. Die Annahme dieses Vorschlages würde aber Rumänien einseitig begünstigen, da es jederzeit wohl in der Lage wäre, nach der Ernte in kürzester Frist große Getreidemengen zu den Vorzugszöllen nach Deutschland zu versetzen, während das deutsche Industrie-Exportgeschäft in so kurzer Zeit gar nicht in Bewegung gesetzt werden könnte. Daher hat die deutsche Regierung vorgeschlagen, den Handelsvertrag über die Vorzugszölle mit dierpochenlicher Kündigung mit der Klausel in Kraft zu setzen, daß im Falle einer rumänischen Kündigung die in dem Abkommen vorgesehenen rumänischen Vorzugszölle für deutsche Industrieprodukte nach einer bestimmten Zeit in Kraft bleiben. In noch der Dauer des Verfallenszeitraumes soll dieser Zeitraum für die Geltungsdauer der rumänischen Vorzugszölle sechs, neun oder zwölf Monate betragen.

Die griechische Regierungstrife ist beendet. Bapanastasio ist Ministerpräsident, Außen- und Kriegsminister, Barwareffas Finanzminister.

Triumph der Faust.



Chor der Naziabgeordneten: „Hurra, wir sind die stärkste Partei!“

Herriot und die Sozialisten.

Zur Vorgeschichte des Schrittes von Renaudel, Frot und Frossard. — Keine Spaltungsgefahr.

Ueber den Besuch von drei prominenten sozialistischen Abgeordneten, Renaudel, Frossard und Frot, bei Herriot, die ihre Bereitwilligkeit zur Koalitionspolitik auf der Grundlage eines noch zu vereinbarenden gemeinsamen Aktionsprogramms bekräftigt haben, ist bereits berichtet worden. Dieser Schritt ist zwar ungewöhnlich, könnte aber von schlecht informierten ausländischen Beurteilern als ein Vorbote von Spaltung innerhalb der Sozialistischen Partei gedeutet werden. Er bedarf daher, um derartigen Mißdeutungen vorzubeugen, einer Erläuterung.

Diese Aktion der Drei ist nichts anderes als die spontane Antwort auf einen Aufruf in dem Organ der französischen Sozialisten, dem „Populaire“, durch den der Generalsekretär der Partei, Paul Faure, in sehr prägnanter Weise die Partei noch vor dem Kongreß gegen jede Art von Koalitionspolitik mit den Radikalen festlegen wollte. In diesem Artikel stellte Faure die Frage so dar, als glaubte in der Partei überhaupt kein ernsthafter Mensch mehr an die Möglichkeit einer Beteiligung der Sozialisten an der künftigen Regierung; er versuchte ferner den Eindruck zu erwecken, als ob die Gesamtpartei die nun Léon Blum während des Wahlkampfes in seiner Rede in Narbonne formulierten Voraussetzungen als Mindestbedingung betrachte, deren hundertprozentige Annahme durch die Radikalen erforderlich wäre, damit der sozialistische Kongreß die Koalition überhaupt in Ermägung ziehe. Da Faure mit Recht voraussetzte, daß eine solche bedingungslose Unterwerfung der Radikalen unter die sozialistischen Programmpunkte ausgeschlossen sei, zog er daraus die Schlussfolgerung, daß

eine Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteien in der Regierung völlig ausgeschlossen

sei. Der Artikel war gepunktet mit spöttischen Bemerkungen nicht nur gegen die Radikalen und ihren Führer Herriot, sondern auch gegen andersdenkende Sozialisten.

Viele Sozialisten haben diesen an leitender Stelle des „Populaire“ veröffentlichten Aufsatz als einen Mißbrauch des Parteiorgans durch den Generalsekretär der Partei empfunden. Wahrscheinlich wäre dieser Aufsatz nicht erschienen, wenn Léon Blum, der zur Zeit einen dringenden Erholungsurlaub in Südfrankreich verbringt, in Paris anwesend gewesen wäre. Mag sein, daß in der Sache Blum und wahrscheinlich sogar die Mehrheit der Parteimitglieder ebenso skeptisch über die Aussichten des Koalitionsproblems urteilen wie Paul Faure, aber auf keinen Fall würden sie, schon aus tatsächlichen Gründen, einen so provozierenden Ton angeschlagen haben wie er, und keineswegs würden sie den Parteitag in der geschickten Form festlegen haben. Zahlreiche Bezirksparteitage haben am letzten Sonntag zu dem Problem in ganz anderer Weise Stellung genommen und sich bedingt für den Eintritt in eine Regierung Herriot ausgesprochen. Sie bekennen sich zwar zumeist zu den

Formulierungen Léon Blums in Narbonne, aber offensichtlich in der Absicht, die von ihm aufgestellten Punkte

als Diskussionsgrundlage vorzuschlagen, nicht aber als Diskut.

das restlos von der zahlenmäßig stärkeren radikalen Partei angenommen werden müsse.

Hätte nur der Rechtsanwalt Frot, der zum äußersten rechten Flügel der Partei zählt, Renaudel begleitet, dann könnte man diesen Besuch bei Herriot als die Aktion jener Gruppe ansehen, die Koalitionspolitik beinahe um jeden Preis erstrebt. Aber die Tatsache, daß auch Frossard, der sowohl auf Blum persönlich, wie auch auf den „Populaire“ und überhaupt in der Partei einen wachsenden Einfluß ausübt, sich an diesem Schritt beteiligt hat, beweist, daß die Kräfte innerhalb der französischen Sozialistischen Partei, die nicht hemmlos alle Brücken zu den Radikalen noch vor dem Kongreß abbrechen wollen, viel stärker sind, als es Paul Faure darstellt.

Das ändert freilich nichts an der Tatsache, daß die Aussichten für die Bildung einer reinen Linksinregierung unter Einfluß der Sozialisten nicht sehr groß sind. Das liegt vor allem an der von Faure mit Recht kritisierten schwankenden und zögernden Haltung Herriots und der Mehrheit der Radikalen, an deren Angst vor Börsenmanövern der Hochfinanz und

nicht zuletzt an der Ungewißheit hinsichtlich der weiteren Entwicklung in Deutschland.

Insbefondere in der Abrüstungsfrage dürfte die Kluft zwischen Radikalen und Sozialisten nicht leicht zu überbrücken sein, weil das Argument, daß man nicht wissen könne, wie lange sich Brüning noch halten und ob er nicht demnächst durch eine Hitler-Regierung abgelöst werden würde, alle Entschlüsse auf diesem Gebiete lähmt.

Tadentfalls kann von einer bevorstehenden Spaltung bei den Sozialisten keine Rede sein. Sowohl Faure wie Renaudel sind viel zu alte und parteitreue Sozialisten, als daß sie sich dem Bohem der Kongreßmehrheit, wie es auch ausfallen möge, nicht fügen werden.

Eine Erklärung der Drei.

Paris, 26. Mai. (Eigenbericht.)

Die sozialistischen Abgeordneten Renaudel, Frot und Frossard haben am Donnerstag folgende Erklärung veröffentlicht: „Ueber unsere Unterredung mit Herriot sind in der Presse unrichtige Informationen erschienen. Die Unterredung mit Herriot war rein persönlicher und privater Natur. Sie konnte weder auf der einen noch auf der anderen Seite zu irgendeiner Verpflichtung oder einem Vorschlag führen. Sie hatte ferner nichts mit den Meinungsverschiedenheiten in der Sozialistischen Partei zu tun.“

Simaitis abgetreten.

Remellandtag am 4. Juni.

Memel, 26. Mai.

Der Präsident des litauischen Direktoriums, Simaitis, hat an den neuen Gouverneur Gylis ein Schreiben gerichtet, in dem er den Rücktritt seines Direktoriums im Hinblick auf die Remellandtagen mitteilt. Gylis hat den Rücktritt genehmigt und Simaitis gebeten, die Geschäfte bis zur Neubildung des Direktoriums weiterzuführen.

Ferner hat Gylis den neuen Landtag für den 4. Juni nachmittags 10 Uhr einberufen.

Moskau wiegelt ab.

Sowjetpresse muß Saito verherrlichen.

Moskau (über Kommo), 26. Mai.

Die russische Presse verbreitet die Meldung, daß Admiral Saito kein Gegner der Sowjetunion sei. Er habe vielmehr im Jahre 1926 die „Gesellschaft zur Förderung der russisch-japanischen Beziehungen“ geleitet und sich auch sonst viel mit politischen Fragen beschäftigt. Admiral Saito sollte erklärt haben, daß er die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Rußland und Japan befürworten werde.

Die japanischen Truppen haben die Stellungen bei Aufung-Schanghai geräumt. Kiangnan ist bereits vollständig geräumt.

Ein japanischer Panzerzug ist zwischen Tchangschun und

Wukien durch Zerstörung der Schienen zur Entgleisung gebracht worden. Sechs japanische Soldaten wurden getötet und 17 schwer verletzt.

Der Poststreik breitet sich (mit Ausnahme von Kanton) schnell über ganz China aus. Das Zentralkomitee hat die Demission des Präsidenten Wangtschingwei nicht angenommen. Der Generaldirektor des Postwesens wurde seines Amtes enthoben.

Weltfrieden! Zollabbau! Abrüstung!

Manifest der britischen Gewerkschaften.

London, 26. Mai.

Der Generatrat des Gewerkschaftskongresses und die Exekutiv der Arbeiterpartei veröffentlichten ein Manifest, in dem erklärt wird, die Wiederherstellung des internationalen Vertrauens, die Vornahme der Überwindung der Wirtschaftskrise, sei vollkommen unmöglich ohne Lösung des Problems der politischen Schulden, ohne Aufhören des übertriebenen Protektionismus, ohne Garantieung des Friedens in Ostasien gegen den japanischen Imperialismus und ohne wesentliche Schritte auf dem Wege der Abrüstung. Diese vier Fragen seien eng verknüpft.

Das Manifest schließt mit einem Appell an die Arbeiterorganisationen, auf die Regierungen dahin einzuwirken, daß sie einen Abrüstungsvertrag entsprechend den Forderungen der Arbeiterbewegung und der sozialistischen Parteien der ganzen Welt abschließen.

Einsparung — auf wessen Kosten?

Freiwilliger Arbeitsdienst auf Kosten der Gemeinden.

In der gesamten Presse werden die Abbaupläne der Regierung hinsichtlich der Arbeitslosenversicherung besprochen. Abbau der Unterstützungsdauer, Abbau der Unterstützungshöhe in der gesamten Versicherung und Verschärfung der Bedingungen zur Zulassung in der Krisenfürsorge sind einige von den geplanten Maßnahmen. Wird dieser Abbau nicht nur wieder eine Abwälzung der Last von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zum Nachteil der Gemeinden bedeuten, die dann noch öfter eingreifen müssen als bisher? Und warum Abbau, wenn man zugleich Geld für den freiwilligen Arbeitsdienst hat?

Der Abbau der Unterstützungsdauer in der Arbeitslosenversicherung ist eine große neue Belastung der Gemeinden, denn das platonische Versprechen, daß um dieselbe Zeitdauer die Krisenunterstützungsdauer verlängert wird, ist doch nur sehr relativ zu werten. Die Mehrzahl der deutschen Arbeitslosen bekommt überhaupt keine Krisenunterstützung. In allen Landgegenden gibt es keine Krisenunterstützung.

Abbau der Unterstützungshöhe? Was bekommt denn überhaupt noch eine Familie, in der der Vater arbeitslos ist? Nach dem Märzauweis der Reichsanstalt wurden einschließlich Sozialabgaben für rund 1,6 Millionen Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung im Monat März rund 100 Millionen Mark aufgewandt, in der Krisenfürsorge

für 1,8 Millionen Hauptunterstützungsempfänger sogar nur noch rund 102 Millionen in einem Monat. Umgerechnet ergibt das für die Woche für die Durchschnittsfamilie, bestehend aus Vater, Mutter und einem Kind nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge in der Arbeitslosenversicherung 13,11 M. und in der Krisenunterstützung 11,73 M. Daß bei diesen paar Groschen nur in den seltensten Fällen die Miete gezahlt werden kann, scheinen die Herren Abbauer nicht zu wissen. Man sollte sich vor jedem neuen Abbau einmal die Statistiken der Kommunen vorlegen lassen, in wieviel Fällen heute schon hier trotz Arbeitslosenunterstützung oder trotz Krisenunterstützung eingegriffen werden muß. Abbau der Höhe heißt in der Praxis nichts weiter als Verlagerung der Unterstützungszahlung von der Reichsanstalt auf den Rücken der Gemeinden.

Verschärfung der Zulassungsbedingungen in der Krisenfürsorge ist heute glatt unmöglich. Heute schon lehnen die Arbeitsämter in tausenden Fällen eine Unterstützung nach ihren Richtlinien ab. Auf der anderen Seite müssen die Gemeinden auf Grund der Fürsorgepflichtverordnung eingreifen, weil die Arbeitslosen sonst glatt verhungern müßten. Man soll doch nicht erzählen, daß hier eine noch größere Ausdehnung der Unterstützungsempfänger möglich ist, wenn man in Wirklichkeit nur die Last der Unterstützung vom Reichsset abwälzen will.

In wieviel Betrieben es zu einer Verständigung zwischen der Arbeiterschaft und den Betriebsinhabern gekommen ist und in welchen Betrieben die Arbeit eingestellt wurde, ließ sich bis gestern Abend nicht genau ermitteln, da es sich in dieser Industrie zumeist um Betriebe handelt, die sehr verstreut in Berlin liegen und nur wenige Arbeiter beschäftigen. Ein genaues Bild über die Streiklage wird sich erst in der Streikversammlung ergeben, die von der Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Steinarbeiter für die Grabmal-, Werkstein- und Marmorbranchen zu heute, Freitag, vormittags 10 Uhr nach dem Gewerkschaftshaus einberufen worden ist.

Im Streit der Steinseher und Kammer, der nunmehr schon über eine Woche dauert, ist bis jetzt noch keine Verringerung der Streiklage eingetreten. Die Front der Streikenden steht nach wie vor fest.

Zum Streik in den Wurstfabriken. Verhandlungen vor dem Schlichter gescheitert.

Gestern wurde vor dem Schlichter für den Bezirk Brandenburg über den Antrag der Berliner Wurst- und Fleischwarenfabrikanten verhandelt, den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses für verbindlich zu erklären. Der Schiedspruch bestimmt bekanntlich einen Abbau der Löhne der Arbeiterschaft in den Wurst- und Fleischwarenfabriken um 15 Proz.

Der Schlichter bemühte sich, zwischen den Parteien eine Verständigung herbeizuführen, was aber trotz mehrstündiger Verhandlungen nicht gelang, da die Unternehmer von dem im Schiedspruch festgelegten Lohnsätzen nicht abgehen wollten. Nach dem Scheitern der Verhandlungen erklärte der Schlichter, daß er den Parteien keine Entscheidung über den Antrag der Unternehmer in den nächsten Tagen schriftlich übermitteln werde.

Der Streik in den Wurstfabriken, die noch nicht bewilligt haben, geht unverändert weiter. Etwa die Hälfte der in Frage kommenden Arbeiter sind auf Grund vertraglicher Vereinbarungen zu den bisherigen Löhnen beschäftigt. Eine Verbindlichkeitserklärung würde also für die Unternehmer, die die bisherigen Löhne weiterzahlen, eine schwere Schädigung bedeuten.

Streit der Bauschlosser.

Ab heute früh.

Im Einvernehmen mit der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes haben gestern die Vertrauensleute der Berliner Bau- und Geldschrankschlosser den Beginn des Streiks, der von den Branchenangehörigen in einer geheimen Abstimmung mit überwältigender Mehrheit beschlossen worden ist, auf heute, Freitag früh, festgesetzt.

Der Streik richtet sich bekanntlich gegen einen Schiedspruch des Schlichtungsausschusses, der die Tariflöhne der Bau- und Geldschrankschlosser um 5,7 Proz. herabsetzen will, darüber hinaus aber noch den Schlossermeistern die Möglichkeit gibt, die übertariflichen Löhne restlos abzubauen, die in dieser Branche zum Teil noch bis zu 25 Pfg. pro Stunde betragen.

Berdiensspanne noch größer?

Ausplünderung der Arbeiter und der Konsumenten.

Gestern ist vor dem Schlichtungsausschuss über den Neuabschluss des Lohn- und Manteltarifvertrages für die Arbeiter des Berliner Kohlen- und Mantelhandels verhandelt worden. Im „Vorwärts“ wurde bereits auf die Forderungen der Kohlen- und Mantelhandlung hingewiesen, die auf einen Abbau der Kohlenarbeiterlöhne um etwa 17 Prozent und ganz erhebliche Verschlechterungen des Manteltarifvertrages hinauslaufen.

Gewerberat Körner empfiehlt den Parteien, nochmals in direkte Verhandlungen einzutreten, da er befürchtet, daß das Reichsarbeitsministerium genau wie im vorigen Jahr einen Schiedspruch des Schlichtungsausschusses nicht für allgemeinverbindlich erklären würde. Man wird sich noch erinnern, daß im Juli vorigen Jahres der Reichsarbeitsminister die von 1,25 M. auf 1,15 M. gesenkten

Löhne der Berliner Kohlenarbeiter nicht für allgemeinverbindlich erklärte mit der Begründung, er könne diese seiner Auffassung nach noch zu hohen Löhne „nicht im Wege staatlichen Zwanges Dritten auferlegen“. Gewerberat Körner schlug den Parteien unverbindlich vor, den Kohlenarbeiterlohn, der jetzt nur noch 1,02 M. beträgt, auf 95 Pf. festzusetzen.

Der Versuch einer Verständigung in direkten Verhandlungen schlug jedoch infolge des Festhaltens der Unternehmer an ihren maßlosen Abbauforderungen. Die Parteien kamen lediglich über ein Lohn- und Manteltarif bis zum 30. Juni zu verlängern, weil der Schlichtungsausschuss am Mittwoch, dem 1. Juni, einen Schiedspruch fällen will.

Auf jeden Fall, auch wenn es bei den bisherigen Löhnen bleibt, müßte die Verdienstspanne im Kohlen- und Mantelhandel nachgeprüft und nach unten revidiert werden. Das müßte natürlich erst recht geschehen, wenn die Löhne noch weiter gesenkt werden. Es geht wirklich nicht an, daß die Kohlenhändler, die jetzt schon zwischen Ein- und Verkaufspreis — bei einem ganz minimalen Risiko — eine Spanne von 63 Prozent haben, diese Spanne auf Kosten der Arbeiter und der Konsumenten noch mehr vergrößern.

Der Konflikt der Steinmehlen.

Die bisherigen Löhne überall gefordert.

In allen Betrieben der Berliner Grabmal-, Werkstein- und Marmorindustrie ist gestern entsprechend dem Beschluß der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter dieser Branchen den Unternehmern die Forderung unterbreitet worden, bis zur endgültigen Beilegung des Lohnkonflikts die bisherigen Löhne weiter zu zahlen. Die Steinmehlen, Schreihauer usw. ließen die Unternehmer nicht im unklaren darüber, daß sie die Arbeit sofort niederlegen würden, wenn man ihnen, wie das zum Teil versucht worden ist, die in dem Schiedspruch des Schlichtungsausschusses festgesetzten niedrigeren Löhne aufzuzwingen versucht, bevor die Tarifbewegung endgültig abgeschlossen ist.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Freitag, den 27. Mai 1932, um 19¹⁵ Uhr, tagen die Gruppen: Scharf: Jugendheim, Wolfenbüttelstr. 9. Warum bin ich in der F.O.B. — Charlottenburg: Jugendheim, Grenzstraße 40. Werbewerkschaft Jugendheim, Wolfenbüttelstr. 40. — Kordberg: Jugendheim Schule, Sonnenburger Str. 20. Unsere Pfingstfahrt im Zerpelberg. — Reutlingen: Jugendheim Zerpelberg Str. 20. Wir und die gewerkschaftlichen Jugendorganisationen. — Hermannplatz: Jugendheim, Sanderstraße 11 (Ecke Hohenzollernstr.). Die schöne Welt. — Ostend: Jugendheim, Frankfurter Allee 207. Vörsenmarkt. Wiederabend. — Reppelstein: Jugendheim, Tüschel, Ecke Gellertstr. Otto macht uns vor. — Weidenhof: Jugendheim, Weidenhof, Weidenhofstr. 1. Preisfestabend. — Klingenberg: Jugendheim Schule, Mariendorfer Weg 69. Vom Junifest zum freien Arbeiter. — Wir spielen ab 18 Uhr: Kordberg: Spielweise, Volkspark Rehberge. — Kordberg: Stadion am Parken See, Fuchsallee. — Wie werden, wie werden. Jugend- und Elternabend im Jugendheim Charlottenburg, Pestalozzi-Platz 40, v. III, Beginn 20 Uhr.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Scharf: Jugendheim, Nordstr. 11. Ausprobieren: „Freigewerkschaftliche Jugendarbeit. Leiter: Reichhold. — Potsdam-Romamer: Berufsschule Romamer, Mühlgrabenstr. 11. Freitagabend unserer Schreihauer: Potsdam-Romamer Verkaufsgesellschaft G.m.b.H., von 19-22 Uhr. Unsere Jugendgruppe tagt von 19¹⁵ Uhr bis 22 Uhr im Rechenhaus, Zimmer 24. „Bildzeitung“. Die Berliner Druckerei- und Verlags-Gesellschaft m.b.H. tagt von 19-22 Uhr im Jugendheim, Oberstr. 12. — Spiel im Freien: Heute, ab 18 Uhr, Sportplatz Rehberge, Sportplatz Schönbauer Allee (Einkaufs-Park, Platz 2b), Sportplatz Reutlingen, an der Reibelbahn. — Sportabteilung: Sportplatz Rommermann, Ecke Kuchelstraße.

(Gewerkschaftliches siehe auch 2. Beilage.)

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Schriftföhr: G. Klingelbäcker; Gewerkschaftsbewegung: S. Steiner; Freischaft: Dr. John Schifkowski; Politische und Sonstige: Fritz Karst; Ausgaben: 24. Block; (Einschick in Berlin. Verlag: Hermann-Brosch G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Brosch-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin G.B. 68. Lindenstraße 3. Hierzu 2 Beilagen.

Wurst

- Gek. Schinken ^{1/4} 27 Pf.
- Dampf- u. Fleischwurst ^{1/4} 0.68
- Landleberwurst Pfund 0.95 0.76
- Melzwurst Braunschw. Art. Pfund 0.85
- Zervelat u. Salami Holst. 1.10 0.98
- Kümmelwurst u. Landmettwurst 0.98
- Teewurst feine und grobe, Pfund 1.14
- Feine Leber- u. Filetwurst 1.18
- Zervelatwurst in Feindarm. Pfd. 1.20
- Speck mager. Pfd. 0.82 fett. Pfund 0.58
- Schinkenspeck in 1-Pfund-Stück 1.10
- Nußschinken ca. 2 Pfd. edw. Pfd. 1.25

Käse

- Camembert vollfett, 18 Pf.
- Emmentaler vollf., Schachtel 4 Port. 0.48
- Harzerkäse ca. 1-Pfund-Paket 0.28
- Allg. Stangen 40% 0.64 20% 0.40
- Holländer u. Edamer vollfett 0.58
- Briekäse 0.58 Steinbuscher 0.64
- Tilsiter vollfett Pfund 0.66
- Schweizerkäse beyr. vollfett. Pfd. 0.95

Kolonialwaren

- Puddingpulver 38 Pf.
- Pudding-Pulver Schok.-Geschm. 0.64
- Rote Grütze-Pulver Pfund 0.64
- Frucht- u. Milch-Kallschalen ^{1/4} Pfund ca. 8 Teller 0.36
- Olympia-Mehl ^{Deut.} 1.35 1.45 1.55
- Tafelreis Pfund 0.21 0.28 0.12
- Haferflocken Pfund 0.24
- Makkaroni Druck. Pfund 0.40 0.46
- Eier-Schnittnudeln Pfd. 0.40 0.56
- Bäckobst gemischt 0.38 0.58 0.78
- Kaffee frisch gek. Pfund 1.90 bis 3.20

WERTHEIM

Zusendung von 5 M. an. Leicht verderbliche Artikel werden nicht zugesandt.

Billige Lebensmittel

- | | | |
|--|---|---------------------------------------|
| Gemüse | Frisches Fleisch | Geflügel |
| Spargel Pfd. 5, 15, 38 Pf. | Kalbshaxe Pfd. 0.22 Kamm 0.40 | Wolgahühner gek. Pfund 55 Pf. |
| Radisheschen 5 Dand 0.10 | Kalbsbrust u. -Rücken Pfund 0.44 | Gänse getreten Pfund 0.42 |
| Rhabarber 4 Pfund 0.10 | Kalbsroulade Pfund 0.88 | Tauben Stück 0.65 |
| Salat 4 Köpfe 0.18 | Kalbsköpfe m. Hirn u. Zunge, Stck. 0.78 | Poulets getreten Pfund 0.72 |
| Junger Spinat 4 Pfund 0.18 | Schweinebauch o. Bellg. Pfund 0.52 | Hühner frisch. Pfd. 0.74 Enten 0.78 |
| Junge Schoten 2 Pfund 0.29 | Schweineschulter o. Bellg. Pfund 0.58 | Brathühner Pfund 0.92 |
| Junge Kohlrabi Mandel 0.38 | Käbberkamm u. Schuft Pfund 0.76 | |
| Grüne Gurken Stück von an 0.25 | Spitzbein . Pfund 0.08 Kopf 0.12 | |
| Neue Kartoffeln 3 Pfund 0.44 | Eisbein ohne Spitzbein . . Pfund 0.38 | |
| Stachelbeeren unreife 0.24 | Mastochsen-Fleisch . Pfund 0.44 | |
| Kaliforn. Tafeläpfel Pfund 0.36 | Mastochsen-Schmorfl. Pfund 0.72 | |
| Italienische Kirschen Pfund 0.32 | Mastochsen-Roulade Pfund 0.90 | |
| Italien. Erdbeeren . . Pfund 0.78 | Gehacktes 0.50 Bratt. Fett 0.30 | |
| Zitronen 3 Pfund 0.68 | Schweinekotelett 0.85 | |
| Bananen 3 Pfund 0.78 | Schweineschnitzel 0.98 | |
| Fett | Kalbsschnitzel 0.95 | |
| Margarine, Kokosfett 32 Pf. | Kalbsschnitzel Pfund 1.18 | |
| Schweineschmalz . . . Pfund 0.32 | Schweineleber Pfund 0.51 | |
| Molkereibutter Pfund 1.22 | | |
| Markenbutter Pfund 1.36 | | |
| Dänische Butter . . . Pfund 1.46 | | |
| | Landbrot 39 Pf. | |
| | 1250 Gramm | |

Fische

- Kabeljau o. K. gr. F. Pfd. 10 Pf.
- Seelachs ohne Kopf, gr. Fische. Pfd. 0.10
- Schellfisch Pfund 0.12
- Kabeljaufilet Pfund 0.12
- Hornaal Pfund 0.20
- Braischollen 3 Pfund 0.38
- Lebende Aale . . Pfund von an 0.78
- Lebende Krebse 10 Stück von an 0.48

Räucherwaren

- Schellfisch u. Seelachs . . . Pfund 24 Pf.
- Bücklinge u. Flundern Pfd. 0.35
- Maisfische Pfund 0.48
- Aale Pfd. von an 1.60 Band von an 0.20
- Majesheringe 3 Stück von an 0.20
- Frische Krabben . . . Pfund 0.35

Wein

- 1931 Wöllsteiner . . . 48 Pf.
- 1930 Nittel. Leiterchen Mosel 0.90
- 1928 Heddeshheimer . . . 0.95
- 1926 Mandeler Rosenberg 1.20
- 1930 Wehlener Rosengart 1.30
- 1928 Caseler Pichler . . . 1.60
- 1921 Chät. La Lagune . . . 1.40
- Apfelwein Rades Urquell . . . 0.50
- Maitrank (aus Obatwein) . . . 0.75
- Himbeer- und Kirschsaff mit Flasche 1.10, fein 1.35
- Weißwein Rheinpfl. Ltr. 0.55 5 Ltr. 2.65
- Rotwein Rheinpfl. Ltr. 0.75 5 Ltr. 3.65
- Muskafeller . . . Ltr. 1.10 5 Ltr. 5.25

- Kranzstange 0.45
- Streuselkuchen gefüllt 0.48
- Strudel (Mohn u. Schokolade) 0.48

Freitag u. Sonnabend: **Stoff-Reste u. Abschnitte bis zur Hälfte der früheren Preise**

„Aus den Geldern der armen Leute.“

Wie bei der Devaheim gewirtschaftet wurde.

Im Verlauf der gestrigen Verhandlung des Devaheim-Prozesses kamen weitere üble Mißstände ans Tageslicht.

Zunächst wurde der Direktor der Wohlfahrtsabteilung des Zentralausschusses für Innere Mission, Herr Dr. Steinweg, als Zeuge gehört. Barf.: „In Ihrer Abteilung sind mehrere Geheimkonten von Pastor D. Cremer angelegt worden. Worin liegen diese Konten?“ Der Zeuge bejahte dies und erklärte weiter, daß die dafür benutzten Mittel aus Geldern stammten, die das Reichsarbeitsministerium für Wohlfahrtszwecke gegeben hatte. Barf.: „Durfte Pastor Cremer sich aus dem Geheimkonto ein Auto kaufen?“ Zeuge: „Natürlich nicht.“ Barf.: „Durfte er die Erlöse für die von ihm verkauften Automobile wieder ohne weiteres für andere Autospejen verwenden?“ Zeuge: „Nein, das durfte er nicht.“ Barf.: „Wenn das eine Auto mit 10 000 Mark bereits von der Hilfskasse bezahlt wurde, mußte er dann die 10 000 Mark der Versicherungszentrale wieder zurückgeben, oder durfte er damit machen, was er wollte?“ Zeuge: „Das durfte er natürlich nicht.“ Barf.: „Pastor D. Cremer hat in einem Jahr 15 000 Mark Autospejen gemacht. Wieviel haben Sie denn im Jahre mit Taxi verfahren?“ Zeuge: „1200 Mark.“ Sehr interessant gestaltete sich die Vernehmung des früheren Bankiers Dr. Lippberg, der im Jahre 1925 Geschäftsführer der Hilfskasse und Geschäftspartner des ihr angegliederten Bankhauses Rambaum war. Als die Hilfskasse sich von dem Bankhaus Rambaum trennte, was auch einem Wunsch des Reichsarbeitsministeriums entsprach, übernahm die Hilfskasse die Grundstückskonten und außerdem, wie sich gestern ergab,

ein persönliches Schuldkonto des Dr. Lippberg in Höhe von 140 000 Mark

gegenüber dem Bankhaus, ferner erklärte sich die Hilfskasse auch bereit, Dr. Lippberg bei seinem Auscheiden als Abfindung 10 Monatsgehälter à 2500 Mark, also 25 000 Mark, zu zahlen. Beifiger Sondergerichtsrat Simon: „Wie kam denn die Hilfskasse dazu,

Ihre Schuld zu übernehmen und außerdem noch Ihr Gehalt weiter-zuzahlen?“ Zeuge: „Das wurde nach sehr erregten Auseinandersetzungen so festgelegt.“ Weiter kam zur Sprache, daß der Angeklagte Pastor D. Cremer von dem Zeugen Dr. Lippberg auch einen großen Chrysler, einen siebenstündigen Wagen, gekauft hat, und zwar wurden die Kosten auch aus einem der Geheimkonten entnommen. Barf.: „Wozu brauchten Sie denn, Herr Pastor Cremer, für die Fahrt von Berlin nach Potsdam einen siebenstündigen Wagen?“ Angekl.: „Ich gehe ja zu, daß das ein gewisser Luxus war. Ich habe ihn auch deshalb verkauft und mir einen kleinen dafür genommen.“ Beifiger: „Das stimmt leider nicht. Es ist gerade umgekehrt. Sie haben erst den kleinen Wagen gehabt und sich dann den großen gekauft.“ Als der Angeklagte D. Cremer nunmehr erklärte, daß er aus Gesundheitsrücksichten den großen Wagen brauchte, warf Staatsanwalt Dr. Eichholz ein: „Man kann auch sehr schön in der gutgeheizten Stadtbahn von Potsdam nach Berlin fahren.“—Pastor D. Cremer: „Ich muß entschieden (1), daß ich Luxus getrieben habe. Daß ich den Wagen für meine Arbeit brauchte, hat ja auch Pastor D. Steinweg bestätigt.“

Staatsanwalt: „Soweit es nicht aus den Geldern der armen Leute geschieht, wäre auch nichts dagegen einzuwenden.“

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft blieb der Zeuge Dr. Lippberg schließlich unvereidigt. Schließlich wurde gestern noch der 73jährige Universitätsprofessor und Geheimkonsistorialrat D. Seeburg, der Präsident des Zentralausschusses für Innere Mission, als Zeuge gehört. Geheimrat Seeburg bezeugte, daß er im Jahre 1929 die Kontrolle über die von D. Cremer verwalteten Wohlfahrtsgeelder übernommen habe, weil viel darüber gefragt wurde, daß D. Cremer einzelne Personen mit regelmäßigen Unterstützungen bedachte, andere aber nicht genügend berücksichtigte.

Die Verhandlung wurde schließlich auf Sonnabend, 9½ Uhr, vertagt.

„Sie war wie eine Kaze.“

Zeugenvernehmung im Giftmordprozeß Ziehm.

Guben, 26. Mai.

Im Prozeß gegen die Frauen Ziehm und Ladewig, die beschuldigt werden, dem kleinen Hansgeorg Ziehm vergiftet zu haben, wurde am Donnerstag in die Zeugenvernehmung eingetreten.

Zunächst wurde der Hauptzeuge, Aidedereibstiger Winkel aus Potsdam, vernommen. Er sagt über seine Beziehungen zu der Angeklagten Frau Ziehm, der damaligen Elsa Ladewig aus. Der Zeuge erklärt, er habe sie sehr gern gehabt, würde sie aber nie geheiratet haben. Elsa war wie eine Kaze. Sie hat mich nie losgelassen und ist mir alles vom Leibe herunter, wenn ich weggehen wollte. Der Zeuge schildert dann sehr erregt einen Auftritt, den er mit der Angeklagten in Nordhausen gehabt habe: Ich wollte zur Einsegnung meiner Kinder fahren, und Elsa wollte diese Reise verhindern. Sie warf sich vor mich hin und erreichte schließlich, daß ich den Zug verpaßte. Es kommen dann die Befreiungspläne, die Frau Ziehm gegen Frau Winkel im Schilde geführt hatte, zur Sprache. Vorfragender: Sie sollen davon gewußt haben, daß Ihre Frau mit Salzsäure überfallen werden sollte. Der Zeuge bestätigt das und erklärt:

Falls es dem Manne, der für die Tat gedungen war, nicht allein gelingen sollte, sollte mit Unterstützung einer anderen Person die Säure meiner Frau in den Hals gegossen werden.

Bei diesen Worten entsteht große Bewegung im Saal. Die Hande mit der Säure will der Zeuge leinst gesehen haben. Auch der Revolveranschlag auf Frau Winkel wird nochmals besprochen. Frau Ziehm soll feinerzeit bei einem Spaziergang verhaftet haben, von hinten auf Frau Winkel zu schießen. Durch das Dazwischentreten Winkels sei der Schuß fehlgegangen und die Angeklagte wurde verletzt. Nachher ist von einem Selbstmordversuch gesprochen worden. Winkel gibt zu, auch während der ersten Ehe der Frau Ziehm mit Lehrer Weichaupt auf ihren ausdrücklichen Wunsch Beziehungen mit ihr gehabt zu haben. Auf eine Frage des Vorsitzenden, ob sie sich nicht dazu äußern wolle, erklärt Frau Ziehm: Nein, das hat doch keinen Zweck. Es handelt sich um einen Racheakt. Zeuge Winkel: Ein Racheakt kommt nicht in Frage. Ich bin Elsa Ladewig ja auch heute noch nicht böse. Der Vorsitzende stellt daraufhin fest, daß der Zeuge Winkel die jetzt gemachte Aussage bereits zu einer Zeit gemacht hat, wo absolut kein Verdacht gegen Frau Ziehm vorlag, nämlich im Jahre 1930.

Es wird sodann die Ehefrau des Zeugen, Frau Martha Winkel, aus Potsdam vernommen. Ihre Aussagen decken sich mit denen ihres Mannes. Die Salzsäureaffäre wird nochmals besprochen. Der Vorsitzende wendet sich nach Beendigung dieser Vernehmung an Frau Ziehm: Frau Ziehm, wollen Sie sich dazu äußern? Frau Ziehm: Ich habe in der ganzen Angelegenheit nichts mehr zu äußern, ich überlasse jetzt alles dem Gericht. Nach einer kurzen Pause wird Frau Barbe vernommen, deren Ehemann das Salzsäureattentat ausführte. Sie sagt aus: Frau Ziehm ist zu meinem Mann gekommen und hat ihn gefragt, ob er sich 12 000 Mark verdienen wolle. Er sollte der Frau Winkel eine Flasche Salzsäure ins Gesicht gießen. Mein Mann hat dieses Ansinnen von sich gemieien.

Darauf erklärte ihm Frau Ziehm: Dann gehe ich zu zwei Arbeitern, von denen ich weiß, daß sie der Frau Winkel nicht grün sind.

In der Voruntersuchung hatte Frau Ziehm bestritten, eine Frau Barbe zu kennen. Der Vorsitzende richtet daher jetzt die Frage an Frau Ziehm, ob sie Frau Barbe wiedererkenne. Frau Ziehm: „Nein, ich kenne diese Frau nicht.“ Frau Barbe: „Aber Frau Ziehm, Sie kennen mich doch.“ Frau Ziehm: „Nein, ich kenne diese Frau nicht.“

Nach einer kurzen Vernehmung der Frau Ladewig zum Falle Winkel wurde die Verhandlung geschlossen.

Falsche Fünfmarskstücke.

Zuchthausstrafen für Münzfälschungen.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte den Schlosser Ernst Wobler wegen Münzverbrechens zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Wobler hatte in seiner Reparaturwerkstatt und mit Unterstützung seiner Frau und seines 19jährigen Sohnes falsche Fünfmarskstücke hergestellt. Frau und Sohn wurden zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Drei Bekannte Woblers, Paul Hahn, Franz Kochmann und Richard Gaumeri, die etwa 1200 Stück der gefälschten Fünfmarskstücke in den Verkehr brachten, wurden zu Gefängnisstrafen von einem Jahr bis zu einem Jahr sechs Monaten und jeder zu drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Städtische Jugendwohlfahrt gesichert

Bedeutsame Ausführungen des Stadtrats Wutzky.

Der städtische Wohlfahrtsrat nahm in den Beratungen des Haushaltsausschusses der Stadt Berlin am Donnerstag einen breiten Raum ein. Im Mittelpunkt der Verhandlungen standen die Ausführungen des Magistratsdezernenten Stadtrat Wutzky, der über die städtischen Planungen und Maßnahmen auf dem Gebiete der Jugendwohlfahrt eingehende Mitteilungen machte.

Die Schließungen der verschiedenen Jugendheime, die von mehreren Parteigruppen angegriffen wurden, sind notwendig geworden, weil sie in den Rahmen der Neuorganisation der gesamten städtischen Jugendfürsorge passen. Bei der Schließung dieser Heime ergaben sich erhebliche Schwierigkeiten, da die Verhandlungen mit dem Reichsfiskus zum Teil bis heute noch nicht beendet werden konnten. Die Heime in Jossen und Scheuen erforderten längere Verhandlungen mit dem Reichsmehr- und dem Reichsfinanzministerium, wobei namentlich die Lösung des Vertrages für die Fürsorgeanstalt Scheuen bisher zu keinem Abschluß geführt werden konnte. Der Reichsfinanzminister erhebt hierbei Einwendungen gegen die Aufhebung des eigentlich bis 1956 laufenden Vertrages, weil mit der Anstalt landwirtschaftliche Betriebe verbunden sind, deren Aufrechterhaltung von dem Reichsfinanzminister als wesentlich gefordert wird. Das Pfinckenparkheim in Tempel ist ebenfalls aufgelöst worden und die Anstalten sind zum Teil in Struves Hof und Lichtentate untergebracht worden.

Besonders von Bedeutung waren die Mitteilungen des Stadtrats Wutzky über die in diesem Jahre geplanten

Erholungserschließungen der Berliner Schulkinder.

Obwohl die Finanzlage der Stadt auch auf diesem Gebiete eine Einschränkung notwendig machte, sollen die Verschickungen im gleichen Rahmen wie im Vorjahre durchgeführt werden und in keinem Falle die Zahl der Ferienkinderzüge beschränkt werden. Es war aber notwendig, eine unwesentliche Verringerung der Zahl der

verschickten Kinder, die vollständig auf Kosten der Stadt unterhalten werden, durchzuführen.

Im vergangenen Jahre wurden von der Stadt Berlin 22 000 Kinder verschickt, in diesem Jahre sollen 21 000 Kinder in die Ferienkolonien geschickt werden.

Der Erholungsurlaub mußte allerdings von sechs auf vier Wochen beschränkt werden, damit eine möglichst große Zahl der erholungsbedürftigen Schulkinder in die Ferien geschickt werden kann.

Die Ferienpiele auf den Berliner Außenspielplätzen, die in den letzten Jahren einen besonders starken Zuspruch gefunden haben, sollen auch in diesem Jahre wieder voll aufgenommen werden. Die Stadt unterhält allein 50 Prozent aller dieser Kinder auf eigene Kosten, während sie bei den übrigen erhebliche Zuschüsse zu den Selbstkosten der Verpflegung leistet. Schließlich war von Bedeutung die Mitteilung, daß

die Schulpfeifungen in den Berliner Volks-, Mittel- und Berufsschulen im gleichen Rahmen durchgeführt werden wie bisher.

Am Etat sind die Mittel allerdings von 1,5 auf 1,1 Millionen Mark gekürzt worden, doch hofft die Stadtdirektion einen Ausgleich durch die verbilligten Lebensmittel und durch die Einsparung an Personalkosten schaffen zu können.

Die Verhandlungen des Ausschusses wandten sich dann den übrigen Wohlfahrtsmaßnahmen zu, darunter dem Städtischen Obdach und den verschiedenen Wohlfahrtsanstalten.

Beschlagnahme von 59 000 Mark.

Den Strafverfolgungsbehörden ist es gelungen, einen Teil des Erlöses aus dem Verkauf der von dem Börsenmakler Kurt Krang unter Verletzung der Devisenbestimmungen veräußerten Effekten in Höhe von 59 000 Mark zu erfassen. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft I hat das Amtsgericht Charlottenburg die Beschlagnahme dieser Summe ausgesprochen.



Das beste Rezept in dieser schweren Zeit bleibt „Juno“!

Kluge-Raucher schätzen „Juno“ als ein erprobtes Mittel zur Entspannung und zur Gewinnung neuer Lebenskraft.

Eine Cigarette von der Qualität unserer

JUNO

darf auf Beigaben von Wertmarken, Gutscheinen oder Stickeren verzichten,

denn sie wirbt allein durch ihre Güte!



10 Jahre umsonst gearbeitet!

Was man den Hausangestellten zu bieten wagt.

Die Sozialdemokratische Partei sowohl wie die Freien Gewerkschaften dürfen das unbestrittene Verdienst für sich in Anspruch nehmen, seit Jahrzehnten unermüdet und unerbittlich gegen die entwürdigenden Verhältnisse angeknüpft zu haben, unter denen die deutschen weiblichen Hausangestellten unter der alten Beständeordnung zu leiden hatten.

Es ist im gemeinschaftlichen Kampf von Sozialdemokratie und Gewerkschaften gelungen, dieses Schandmal deutscher Kultur zu Fall zu bringen. Es waren und es sind immer wieder bürgerliche Frauenvereine, die sich gegen diesen Kampf wandten. Aus dem nachstehend geschilderten Fall mögen aber die bürgerlichen „Gnädigen“ ersehen, welche bedauerlichen Fälle immer wieder vorkommen und wie die Gutmütigkeit und Gutgläubigkeit der weiblichen Hausangestellten immer wieder ausgenutzt wird.

Das Berliner Arbeitsgericht hatte sich nämlich mit recht eigenartigen Umständen und Bedingungen einer „Lebensstellung“ zu beschäftigen, die eine Wirtschaftlerin vor zehn Jahren bei einer alleinstehenden 60jährigen Frau eingegangen war. Die Wirtschaftlerin sollte ein Gehalt von monatlich 30 Mk. erhalten. Nachdem sie 4 Jahre lang zur Zufriedenheit ihrer Dienstherrin tätig gewesen war, wurde zwischen beiden die Vereinbarung getroffen, daß die Angestellte solange im Hause bleiben sollte, bis die alte Frau das Zeitliche gesegnet hätte. Für diese

Lebensstellung mußte die Wirtschaftlerin allerdings auf geldliche Gehaltsansprüche verzichten, und als Belohnung wurde ihr die Einrichtung der aus vier Zimmern bestehenden Wohnung versprochen. Im Jahre 1929 mußte die Wirtschaftlerin plötzlich die überraschende Feststellung machen, daß über „ihre“ Wohnungseinrichtung bereits anderweitig verfügt worden war. Sie war klug genug, sich schriftlich beheimigen zu lassen, daß sie an sich Anspruch auf das rückständige Gehalt habe. Vor wenigen Monaten kam es zwischen der „Gnädigen“ und ihrer Wirtschaftlerin zu einem Zerwürfnis, das mit der Entlassung der Angestellten endete. Mit ihrem verbleibenden Recht auf Gehaltsansprüche ging sie jetzt zum Arbeitsgericht, um sie hier geltend zu machen. Die Dienstherrin erklärte, daß sie trotz der 10jährigen Beschäftigungszeit eigentlich mit ihrer Wirtschaftlerin — niemals zufrieden gewesen sei, und wollte sich unter Berufung auf ihr schwaches Gedächtnis infolge ihres Alters nicht mehr an ihre Unterschrift unter der Anerkennung erinnern. Das Gericht gab jedoch der Klage der Wirtschaftlerin statt und bestätigte ihr einen Lohnanspruch in Höhe von 3900 M. Ob sie diese Summe jemals erhalten wird, aber doch noch schließlich mit den alten Räubeln vorlieb nehmen wird, blieb ungeklärt.

Bürgerliche Berliner Hausfrauvereine haben sich vor kurzem im Ton höchster Entrüstung über Unsitlichkeiten empört, die angeblich in einem Berliner Regenerrestaurant vorgekommen sein sollten. Vielleicht interessieren sich die Damen auch einmal für diesen Fall. Oder ist es etwa nicht unsittlich, wenn eine arme Hausangestellte 10 Jahre lang umsonst gearbeitet haben soll.

Bepflanzungen eingeschlichen. Das Geschenkegeben und Geschenkenehmen im geschäftlichen Verkehr habe einen bedauerlichen Umfang angenommen.

In der Aussprache kam der Wille zum Ausdruck, den Erschlitterungen der Grundlage kaufmännischer Ehrbarkeit mit allen Kräften entgegenzutreten. Hierzu müßten auch die Bankkreise beitragen, indem sie bei der Kreditgewährung alle unläutereren Einflüsse ausschalteten.

3500 Personen wohnungslos geworden Folgen der englischen Ueberschwemmungen.

London, 26. Mai.

Wie der Gesundheitsminister im Unterhause mitteilte, mußten in Bentley 2000 Personen infolge der Ueberschwemmungen ihre Wohnungen räumen. In Lodbur wurde mit der Ausräumung von 1500 Einwohnern aus ihren überfluteten und schwer beschädigten Wohnungen begonnen. In Sheffield sind 2500 Bergarbeiter durch die Ueberschwemmung der Bergwerke arbeitslos geworden.

Neue Volksschule in Großsiedlung.

Als im Jahre 1927 im nördlichen Teil von Zehlendorf, der an den Grunewald stößt, von der Gehag mit der Erbauung der Großsiedlung am Büchel begonnen wurde, stellte sich alsbald das Fehlen einer Volksschule heraus. Hunderte von zugezogenen Familien mußten nicht, wohin mit den Kindern. Der Neubau einer Volksschule war unumgänglich notwendig, wurde beschlossen und ist Angriff genommen und ist vor kurzem vollendet und vor einigen Tagen dem leitenden Rektor, Genossen Hans Holz, übergeben worden. Die „Zinnwaldschule“ liegt an der U-Bahn zwischen den Bohnhöfen „Onkel Toms Hütte“ und „Krumme Bank“. Um der dringenden Schutzraumnot abzuhelfen, hatte man zunächst bis April 1930 10 Klassen als Sonderräume ausgeführt. Dann ruhte der Bau lange Zeit, obgleich bereits Fundamente und Kellermauern des übrigen Bauwerks ausgeführt waren. Erst im Laufe des Jahres 1931 konnten weitere Unterrichtsräume ihrer Bestimmung übergeben werden, und die Fertigstellung der Aula erfolgte im April dieses Jahres.

Im Inneren sind infolge der vielfachen, aus Ersparnisgründen angeordneten Einschränkungen und Umstellungen des Lehrplanes manche Änderungen gegenüber dem Programm eingetreten. So enthält der Bau statt der ursprünglich 20 Klassen bereits jetzt 22 Stammklassen der Volksschule und noch 2 Klassen des Lyzeums, das infolge Nichtausführung des schon seit Jahren notwendig gewordenen Neubaus unter größter Raumnot leidet. Die Anzahl der technischen und Naturkunde-Unterrichtsräume ist dagegen eingeschränkt worden; auch in der Ausstattung mit Mobiliar und Lehrmitteln mußte die größte Sparsamkeit walten; so konnte z. B. von beiden Turnhallen nur eine mit Geräten ausgestattet werden. Der schönste Raum ist die Aula, die bei Verwendung einfacher Mittel außerordentlich festlich wirkt.

Die neue Schule wird bereits von etwa 1000 Kindern besucht.

Leichtes Erdbeben in England.

Am Donnerstag wurden in Sheffield in England und den umliegenden Gebieten leichte Erdstöße verspürt. Es wurde jedoch kein Schaden angerichtet.

Giftiges Hackfleisch. In Düsseldorf erkrankten 25 Personen infolge des Genusses von verdorbenem Hackfleisch an Fleischvergiftung.

Die Hammerhahn Hühner veranstaltet am Sonntag, dem 29. Mai, von 4 Uhr nachmittags an ein Sammelstück mit Vorkaufpreis im Saal und Garten der „Brachlöcher am Wäldchenbrunn“. Neben einem Kabarett-Programm, in dem eine Reihe der bekanntesten Berliner Künstler mitwirken werden, Laus, Kinderbelustigungen, Tombola usw. veranstaltet. Der Eintritt kostet nur 50 Pfennig; ein Teil des Ueberschusses wird für erwerbslose Klassen verwendet. Karten für Mitglieder und Gäste sind bei allen Vertretungsstellen der Hammerhahn Hühner sowie an der Kassenkassette der „Brachlöcher am Wäldchenbrunn“ (am Friedrichshagen) zu haben.

**Kaffee Hag ist seit 1930
31% billiger. Außerdem in
jedem Paket ein Gutschein.**

7 Jahre Zuchthaus für ein paar Uhren.

Eigentumsvergehen werden besonders schwer bestraft.

Schwere Strafen wurden in der Berufungsverhandlung von der Strafkammer IIIa beim Landgericht II in Moabit über die Räuber aus der Dreibundstraße verhängt.

Am 15. Dezember fuhr ein vier Männer vor dem Geschäft des Juweliers Bradowsky in der Dreibundstraße 45 in einem gestohlenen Auto vor, überfielen den Juwelier, raubten mehrere goldene Uhren und Schmuckstücke in dem Auto. Auf die Verfolger hatten sie sofort ein Schnellfeuer eröffnet, ohne glücklicherweise jemand zu verletzen. Die vier Täter wurden ermittelt und in der ersten Instanz zu folgenden Strafen verurteilt: Der Führer Werbelow erhielt 5 1/2 Jahre Zuchthaus, der zweite, Sasse, 5 1/2 Jahre Gefängnis, der dritte, Wendi, 2 Jahre Gefängnis, und der vierte, der erst später verhaftete Schillath, wurde zunächst noch nicht in das Verfahren einbezogen. Die Räuber hatten Berufung eingelegt und hofften auf eine Milderung der Strafen. In der Berufungsverhandlung wurden sie aber bitter enttäuscht. Das Gericht kam nicht nur zur Erhöhung, sondern auch zur Verschärfung der Strafen, ein Verfahren, das, wenn es bei den unerträglichen, manchmal schlimmeren Rohheits- und Gewalttatsverbrechen der Nazis angewendet würde, diesem Spieß sehr schnell ein Ende machen würde. Werbelow wurde nämlich zu 7 Jahren 7 Monaten Zuchthaus, Sasse zu 5 Jahren 1 Monat Zuchthaus, Wendi zu 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis und Schillath zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Schlägereien zwischen Nazis und Kommunisten.

Im Laufe des gestrigen Tages kam es an verschiedenen Stellen der Stadt zu schweren Schlägereien zwischen Hakenkreuzlern und Kommunisten, bei denen mehrere Beteiligte Verletzungen erlitten.

In der Zionstrichstraße in Berlin N., in der Bernauer Straße und in der Swinemünder Straße entspannen sich wiederholt zwischen etwa 100 Links- und Rechtsradikalen blutige Auseinandersetzungen. Mehrmals räumte die Polizei die Straßen und nahm einige Kesselnehmer fest. In einem Falle wurde ein 26 Jahre alter Peter Schwanermann aus der Dragonerstraße durch einen Stich in die Halsschlagader verletzt. Sch. fand

im Lazarus-Krankenhaus Aufnahme. Die Ärzte hoffen, den Schwerverletzten am Leben zu erhalten. Die politische Einstellung des Niedergestochenen steht noch nicht einwandfrei fest.

Eine zweite Messerfehde zwischen Hakenkreuzlern und Kommunisten spielte sich am Senefelderplatz ab. Ein Beteiligter erlitt einen Stich in den Arm. Umweil des Senefelderplatzes versuchten Kommunisten das Kaffeehaus von Karger in der Weihenburger Straße zu stürmen. Das Ueberschallkommando verhinderte rechtzeitig Blutergüssen und nahm mehrere Verwunden fest. — Bei einer Schlägerei am Gartenplatz, am Stettiner Tunnel, fielen 50 Nazis über Kommunisten her. Es gab mehrere Leichtverletzte. Drei Hakenkreuzler wurden von der Polizei noch längerer Verfolgung gefeilt und der Politischen Polizei übergeben. In den Abendstunden trat wieder Ruhe ein, da die Polizei einen verstärkten Patrouillendienst eingerichtet hatte.

Lehren aus den Skandalen.

Tagung des Vereins gegen das Bestechungsunwesen.

In der Handelskammer hielt der Verein gegen das Bestechungsunwesen E. V., der in der letzten Zeit wiederholt als Nebenkläger bei großen Prozessen in der Öffentlichkeit hervortrat, seine Hauptversammlung ab.

Von allgemeinem Interesse waren die Ausführungen des Vorsitzenden, Ministerialrat a. D. Bahl. Zu den großen Zusammenbrüchen der letzten Jahre, wie Nordwolle, Schultzei-Bayenhofer, u. a. m. sagte er, daß neben dem Frieden von Versailles verfehlte Maßnahmen der Regierungen und das Vergehen der Wirtschaft selbst die Schuld trügen. Deutsche Wirtschaftsführer wie Schuler und Kogenellenbogen hätten das Vertrauen mißbraucht. Ein Aufschwung der deutschen Wirtschaft sei nur möglich, wenn diese alle die Elemente ausmerze, die gegen Treu und Glauben verstoßen. Der Geschäftsführer Dr. Kessel bemerkte zum Skizzen-Prozess, daß die außerordentliche Länge des Prozesses die Reformbedürftigkeit der Strafprozessordnung erweise. In seiner Beurteilung über Einzelergebnisse des Skizzen-Prozesses zeigte sich der Redner etwas temperamentvoll. Justizrat Dr. Fuld-Mainz sprach über „Zusammenhänge bei Kreditgewährungen“, wobei er vor allem den Favag-Prozess heranzog. In Deutschland hätten sich bei der Kreditgewährung zum Teil üble



Oskar Wöhrl
Hus
Der letzte Tag

Dieses tuchene Etwas ist ein Beutel, aus den Resten eines alten leinenen Mehrgewandes geschnitten. Ein Bettelbeutel, vorn an der Spitze einer langen Stange befestigt, die sich ruckweise, Joll um Joll, immer näher, immer näher an Herrn Johann heranschleibt.

Der Bürgermeister, aus dem Totenschädel-Weiß heraus grau werdend wie frisch gebakener Rorschacher Sandstein, biegt sich vor der Stange zurück, als ob sie nicht lediglich harmloses Haselnußholz, sondern eine tobbewehrte eichene Ritterlanze wäre.

Ja, wirklich eine Ritterlanze, nur daß an ihrem geriefelten Handende keiner aus der Ritterschaft hängt, sondern ein Ausfühiger aus dem Siechenhaus, der auf diese Weise Almosen sammelt.

Der Bogt ist der Szene gefolgt.

Er tritt ins Fenster und beugt sich mit einem gräßlichen Blick hinaus. Doch, mitten im Wort, fällt er mit seinem Blick in ein furchtbares Auge, das, als einziger gesunder Fleck, aus einem grauhaft zerfressenen Gesicht starrt.

Dieses Auge ist wie ein eiterbellebter offener Mund, der ihn bewirft mit unaussprechlichem Haß.

So hart der Bogt sonst ist und aller Schrecken des Lebens gewohnt, ihn, den nicht einmal der Wahnwitzschrei eines Gefolterten dritten Grades rührt, er schaudert bei diesem Anblick. Er spürt den Finger der Angst, der ihn tasternd in die Herzgrube stößt.

Eine Gänsehaut kriecht ihm über den Rücken. Es schüttelt ihn, als stiege er unvermittelt aus der Sommerglut in Bündrichs untersten Eiskeller. Der Fluch friert ihm auf den Lippen ein.

Noch immer starrt ihn das furchtbare Auge an.

Als er endlich so viel Kraft hat, sich vom Fenster zu lösen und sich wieder ins Zimmer zu begeben, sieht er keinen Bürgermeister mehr.

Den haben Elend und Angst zu Boden geschlagen.

Leblos liegt Herr Johann von Schwarzach da, kurz und dick, gefällt, wie der entastete Stamm einer Eiche.

Ueber seinem gipfeln Gesicht, das der schwarze Bart wie gehäufte Kohle umrandet, schwebt violett, ein ungeheurer leidener Falter, der Beutel der Auslagen, und eine Stimme tastet sich ans Ohr heran, in ihrem Klang noch entsetzlicher als das zerfressene Stück Fleisch, dem sie angehört: „Christen, gebt Almosen! Christen, gebt Almosen!“

6.

„Hus! Hus! Immer nur Hus!“

Der das Sigmund in die zwinkernden Augen schreit, ist Jizka.

Seine Stimme, sonst dunkel und biegsam wie Stahl, klingt schrill und kippst schier vor Aufruhr und Erregung.

Sein Auge schließt Jörn.

Alle diplomatischen guten Vorkläge sind vergessen, alle klug zurechtgelegten Eingangsworte. So sehr vergessen, daß Jizka es sogar unterläßt, dem König in vorgezeichnete höflicher Art Reverenz zu erweisen.

Sigmund sind die fehlenden Verbeugungen nicht entgangen. Für ihn gibt es nichts Zufälliges in der Welt. Für ihn ist sie nicht ein Durcheinander windender blinder Schleichenden, die einen dunklen Gangtopf füllen. Für ihn ist sie ein Durcheinander wollerender Kräfte. Hinter Jizkas unterlassenen Gruß vermutet Sigmund Absicht. Er sieht plötzlich den Schatten seines erzürnten Bruder Wenzel im Zimmer. Aber Sigmund schweigt. Er zerbricht das Rigwort auf den trockenen Lippen und hebt sich die Pfeffertörner auf für später. Seine Zeit wird kommen, er weiß es, Sigmund hat warten gelernt. Warten, warten und abermals warten! Nicht umsonst ist er König.

Und dieses Warten können gibt keinem ränkvollen Wesen die eigentliche Stärke. Mag eine Partie für ihn noch so schlimm stehen, Sigmund wird die Armbrust nicht wegschleichen noch ein Bolzen im Köcher stecken, sei's auch der armseeligste. Gerade der letzte trifft vielleicht den Zweck, es knallt, und der Schützenvogel fällt. Beispiele dafür waren schon genug da, er braucht nur an seine Gefangenschaft in Ungarn zu denken. Wer hätte geglaubt, daß er aus dem feuchten, glitschigen Hungerturm, in dem er verderben sollte, je wieder herauskäme? Und er ist herausgekommen, sonst sähe er ja nicht da, diesen drei Köhnen gegenüber, und vor allem nicht diesem verdammten Einzug, das wie ein blinder Dolch auf ihn einstrahlt. Nun, es haben schon andere Dolche auf ihn

eingestochen, keine Blühdolche, sondern wirkliche Dolche, und er lebt doch noch! Eine Gewähr mehr dafür, daß er auch mit diesem wild darauf losgehenden Stier hier fertig werden wird. Wer seine Rut so blank zeigt, ist nicht zu fürchten. Nur ein Narr wagt keine schützende Panzerwehr ab und tritt nackt auf die Bühne. Für weit gefährlicher als diesen Mann mit der halben Stirne erachtet er den glattköpfigen Repta, der stumm auf seinem Stühlein hockt und gegen das lichte Fenster blinzelt, als ob er kein Wasserchen zu trüben vermöchte. Und was für Brocken hat ihm der Grundherr auf Chlum schon eingebrockt, noch heute hat er an manchem davon zu reißen und beißen! Auch Wenzel von Duba ist nicht zu verachten. Er spricht zwar pro Stunde kaum ein Wort. Aber schon seine bloße Gegenwart wirkt wie Blei. Man wird so seltsam willenlos in seiner Nähe. Also aufgeschaut dreifach und vierfach, Sigmund, bleib hinterm Graben! Biete keine Hilfe, auf die diese böhmischen Häber zustehen können! Denn zukunftigier sind sie, das merkt ihnen ein Blinder an!

Schneller als Schwalbenflug durchflühen diese Ueberlegungen Sigmunds Gehirn. Nicht umsonst ist er berühmt für die Raschheit seiner Entschlüsse. Schon hat er die Stelle erpäht, wo er ansetzen muß, um die dreifach auf ihn gerichteten Lanzen abzubiegen.

Er holt sein gewinnendstes Lächeln aus dem Repoiitorium, wirft es den Herren frank ins Gesicht und beginnt, leicht stotternd, als ob er sich erst aus einer Verlegenheit lösen müßte: „Laßt euch des pagigen Empfanges nicht verdrießen, liebe Herren, aber urteilt selber: Seit heute früh, da zum ersten Male die Tür ging, hör' ich nichts anderes mehr als Hus, Hus! Wer bei mir vorpricht, kaum daß er den Rücken hebt: Hus! Hus! Hus! All meine anderen Geschäfte, darunter die dringendsten, bleiben liegen. In der Kanzlei gibt es Rückstand. Es scheint, als ob gar kein anderes Wort mehr in der Welt sei als Hus! Soll da nicht Unmut siedend?“

„Wir glauben wohl, daß der Majestät das Wort Hus wie ein Pfahl im Fleisch sitzt. Aber es liegt nur bei dir selber, König, den Schoß aus der Schwärze zu reißen!“

„Ihr überschätzt mein Können und meine Kraft, Barone! An mir liegt es nicht, daß die Sache zu keinem besseren Ende kam. Hus ist nicht in meinen Händen. Hus ist in den Händen der Kirche. Was ich für ihn tun konnte, ist alles getan! Ja, im Vertrauen, ich tat mehr, als ich durfte. Urteilt selber, ein Keger...“

„Hus ist kein Keger!“

(Fortsetzung folgt.)

Rund um den Schuh.

Bei der Tagung des Komitees der deutschen Schuhmacher...

Der Redner betonte, daß die Weltwirtschaft noch immer im Zeichen der Absatzkrumpfung und der wachsenden Arbeitslosigkeit...

Ausruhe am Schlämsee.

Es gibt auch heute noch Dornröschenschlösser, die wie verzaubert schlafen und mit ihren Parks den gemächlichen Eterlichen durch Dornen(Draht)hecken verschlossen bleiben...

Sport.

Kennen zu Hoppegarten.

Preis von Hohengöhren, 2800 Mk., 1600 Meter. 1. Stoll Kampdenburg's Rebusadmar (Stroh), 2. Oskari (Stroh), 3. Offenbach (Schiff), 4. Totz, 5. Bl. 21, 14, 17, Berner (Helen), Luchum (4), Penhor, Stilet, Statira, Sere, 1-1/2-2 1/2.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Katolisch des 23. Septemberes unserer Parteikämpferin Dittlie...

Beginn aller Veranstaltungen 10 1/2 Uhr.

- Wochenaktion, Preis pünktlich 10 Uhr bei Schulz, Wobbeplatz, 21. Die 40-Stunden-Woche...

Frauenveranstaltungen.

1. Kreis, 4. Sitzung, Genossinnen! Die für den 29. Mai vorgesehene Besichtigung...

Sozialistische Studentenschaft Berlin.

Rundgebung für Schüler-Stiftung und Hochschullehrer heute, 26 Uhr, in der Aula der Technischen Hochschule Charlottenburg...

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Kreuzberg, Mt. Mt. Mt., Sonntag, den 29. Mai Treffpunkt zur Arbeit nach der Danel 7 Uhr halbes Tez. Bei Regenwetter nachmittags 4 Uhr im Jugendheim, Wilmersdorf.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind an das Jugendsekretariat Berlin 68, Lindenstraße 2, oben 1 Treppe rechts.

Junktionärkonferenz

Montag, den 30. d. M., 19 1/2 Uhr im Sitzungssaal des Reichs-Amtes Kreuzberg, Wobbeplatz, 11. Thema: „Die politische Situation“.

Sozialistisches Orchester des SPD.

1. Musizieren heute im Sozialen Musiksaal, Wobbeplatz, 147. Einlos 19 Uhr. Beginn pünktl. 19 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pfennig.

heute, Freitag, 19 1/2 Uhr:

Kreuzberg, Mt. Mt. Mt., Sonntag, den 29. Mai Treffpunkt zur Arbeit nach der Danel 7 Uhr halbes Tez. Bei Regenwetter nachmittags 4 Uhr im Jugendheim, Wilmersdorf.

Aufgaben der SPD. - Schöneberg II: Berliner Straße. Entwicklung der Parteiführung...

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Reichsbanner (Duncker). Freitag, den 27., 28. und 29. Juni, Jugendheim Wilmersdorf...

Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgelangener

Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgelangener u. B. Gruppe Berlin...

Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgelangener

Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgelangener u. B. Gruppe Berlin...

Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgelangener

Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgelangener u. B. Gruppe Berlin...

Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgelangener

Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgelangener u. B. Gruppe Berlin...

Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgelangener

Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgelangener u. B. Gruppe Berlin...

Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgelangener

Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgelangener u. B. Gruppe Berlin...

Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgelangener

Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgelangener u. B. Gruppe Berlin...

Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgelangener

Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgelangener u. B. Gruppe Berlin...

Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgelangener

Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgelangener u. B. Gruppe Berlin...

Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgelangener

Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgelangener u. B. Gruppe Berlin...

Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgelangener

Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgelangener u. B. Gruppe Berlin...

Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgelangener

Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgelangener u. B. Gruppe Berlin...

Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgelangener

Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgelangener u. B. Gruppe Berlin...

Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgelangener

Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgelangener u. B. Gruppe Berlin...

Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgelangener

Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgelangener u. B. Gruppe Berlin...

Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgelangener

Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgelangener u. B. Gruppe Berlin...

Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgelangener

Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgelangener u. B. Gruppe Berlin...

Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgelangener

Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgelangener u. B. Gruppe Berlin...

KARSTADT'S Lebensmittel-Preisliste

Table with columns: WURSTWAREN, KOLONIALWAREN, DIVERSE KÄSE, BUTTER, FETTE, EIER, KONSERVEN, WEINE u. SPIRITUOS., FRISCH-FLEISCH, DELIKATESSEN, GEFLÜGEL UND WILD, OBST UND GEMÜSE, FISCH, RAUCHERW.

Krieg! Zwei Beiträge zu einem Thema

Die heimliche Rüstung

Die Riesenliteratur über den „Krieg der Zukunft“ bewegt sich normierend zwischen lächerlichen Utopien, grauenhaften Gehässigkeiten und zugelassenen Phantastorgien. Es fehlt ihr meistens an norurteilloser Nüchternheit, und man ist verwundert, wie sich die menschliche Vorstellungsvermögen beliebt, wenn sie Lösungsmöglichkeiten erfinden kann. Von zuverlässigen Tatsachen hört man kaum. Sie werden geheim gehalten und dringen nicht durch die gepöhlerten Doppeltüren der Kriegsministerien. Und was weiter gestütert wird, enthält meistens ebenfalls Dichtung wie Wahrheit.

Zwischen dem Krieg der Zukunft und dem letzten Weltkrieg wird ein größerer Unterschied sein als zwischen diesem und einem Krieg vor 50 Jahren, trotzdem mag sich ein künftiger Krieg immer noch nicht abspielen (ohne deshalb weniger grauenhaft zu sein!), als sich manche Gehirne ausmalen. Jede Angriffsmasse schmiedet sich gleichzeitig ihre betreffende Verteidigungs- oder Abwehrmasse. Schon aus diesem Grunde scheint die stark verbreitete Meinung verkehrt, daß ein Krieg jetzt sehr schnell zur Entscheidung führen müsse. Diese Hoffnung würde leider täuschen, wie sie 1914 täuschte. Kommt die Heere der Rüstungsstaaten technische und chemische Möglichkeiten, an die man 1914 noch gar nicht dachte, aber nach der alten Erfahrung: je dicker die Granaten, desto stärker die Panzerplatten, würde sich auch der technische wie chemische Krieg geraume Zeit hingehen.

So hat das rapide Auswachen der Kriegsflugzeuge äußerst sichere Abwehrmöglichkeiten geschaffen. Hier hoffen die verbesserte Optik, doch vor allem Dingen elektromagnetische Zieleinrichtungen, um ein Flugzeug aus jeder Höhe mit Sicherheit abzuschießen. Jedes moderne Kriegsschiff kann sich mittels eines „Schrapnellschleiers“, der bis zu zehn Kilometer hoch abgefeuert wird, Flugzeuge vom Hofe halten. Erwähnt sei auch die Erfindung des englischen Majors Sanga. Sie besteht aus einem gemaltigen Scheinwerfer, der ein leuchtendes Gitter auf den nächsten Himmel wirft. Durch dieses Gitter können Höhe, Geschwindigkeit und Richtung eines Flugzeuges präzise ermittelt werden. Bekannt als Fliegerladung ist die Vernebelung, die Unschärfe von Kriegsschiffen bis zu ganzen Städten. Bestimmte Nebel besitz auch die Eigenschaft, gegen giftige Gase isolierend zu wirken. Doch gegen diese Lastung haben die Chemiker, wie von amerikanischer Seite berichtet wird, wiederum ein Gegenmittel gefunden, um die schützenden Nebelwände zu zerstören. Ein übertrumpft sich die Chemie ständig in Angriff und Abwehrmitteln. (Der eigentliche Gaskrieg wurde an gleicher Stelle — „Vorwärts“ vom 19. Mai 1932 — ausführlich behandelt.)

Bei der entscheidenden Bedeutung der Flugwaffe sei noch auf zwei Möglichkeiten hingewiesen, deren Idee zwar offiziell diskutiert wird, deren Ausführung und Anwendung aber noch in der Ferne liegen, ohne allerdings in das Reich der Utopie zu gehören. Zunächst die „Beschöhrakete“ mit ihrer ungeheuren Reichweite. Die Rakete ist in Deutschland, gehemmt durch die beschränkten Versuchsmittel, aus ihren Kinderkrankheiten noch nicht heraus, obwohl man ihr Prinzip richtig erkannt hat. Gasolin und flüssiger Sauerstoff werden mittels Düsen in die Verbrennungskammer gepumpt, explodieren dort und entwickeln die Rückstoßkraft. Die Schwierigkeiten bilden die Stabilisierung, Richtungsrichtigkeit und Ueberwindung der unteren Luftschichten. In Amerika ist man weiter. Da arbeitet der bekannte Hochmann Dr. Goddard, dem eine Summe von 100.000 Dollar zur Verfügung gestellt wurde. Daß man an die Rakete als Waffe glaubt, beweist ein alarmierender Artikel, der im März von einem dortigen Blatt gedruckt wurde: „Die Rakete im nächsten Krieg“. Die hier beschriebene Beschöhrakete wird mittels eines Notapuls abgeschossen, arbeitet sich bis in die dünnen Luftschichten empor, um nach Erhöpfung des Brennstoffs, der sich genau regulieren läßt, niederzufallen und zu explodieren. Befragt wird in jenem Artikel gefragt, was dann aus den amerikanischen Küsten werden soll, deren Batterien nicht weiter als 50 Kilometer schießen, wohingegen die Beschöhrakete von 500 Kilometer entfernten Schiffen abgeschossen werden kann.

Ähnlich verhält es sich mit der „fliegenden Bombe“. Auch sie „steigt“ noch nicht, aber wie die technische Entmicklung der letzten Jahre zeigt, ist vom Projekt zur Wirklichkeit kein langer Weg, wenn erst die theoretischen Prinzipien vorliegen. Die „fliegende Bombe“ ist nichts weiter als ein mit Explosivstoff gefülltes, ferngesteuertes kleineres Flugzeug. Es wird mit komprimierter Luft abgedrückt und alsdann von einem Flugzeug aus drablos weiterdirigiert. Das Prinzip der Fernlenkung wird heute vielfach mit Erfolg angewandt (Zielschiff „Jährlingen“), vielleicht auch schon für Raketenpropeller, für unbemannte Tanks. Doch über die wahre Kriegswirksamkeit wird man wohl erst hören, wenn Tatsachen voll schrecklicher Wirklichkeit die Geheimhaltung unmöglich und überflüssig machen.

Ein englischer Erfinder, Dr. Wall, verspricht nicht nur kurzer Zeit das Modell eines geräuschlosen Zielgeschusses. Der Ablauf der Granaten erfolgt elektromagnetisch. Um das lange Rohr sind in Ammoniumräumen äußerst starke Drahtspulen angebracht, in die sich elektrostatische Aufladungen entladen. Das Stahlgelch wird durch die magnetischen Felder angezogen und erreicht an der Rohrmündung seine höchste Geschwindigkeit, die ungleich größer sein soll als bei den Explosivgeschossen. Aber auch dieses Geschuß, das völlig geräuschlos und ohne Mündungsfeuer arbeitet, ist vorläufig noch nicht fertig.

Ein anderer Amerikaner, Col. S. B. Miller, will 40 Meter lange Zielgeschüsse stationär in den Boden einlassen mit einem festgestellten Ziel, das auf irgendeinen wichtigen strategischen Punkt oder eine große Stadt gerichtet ist. Munitionstraum, Wundschaffen, alles liegt tief unter der Erde, nur durch einen Trichter mit der Oberfläche verbunden. Diese Idee erinnert an die Tatsache, die wohl kein Geheimnis ist, daß die neu-erhaltenen französischen Forts, unweit der deutschen Grenze, unterirdischen Städten gleichen, in denen eine ganze Armee Platz hat, unanreißbar für Flugzeugbomben und sicher gegen Gas. Der letzte Weltkrieg war für die Kriegstechnik ein qualitativer Lehrmeister. Und die französische Fortsetzung bildet für Vordringende eine Sicherheit, die bei den Genfer Debatoren gar nicht genug hervorgehoben werden kann.

Die Geschwindigkeit einer Armee war zu allen Zeiten entscheidend. Wenn mit Flugzeugen läßt sich heute noch kein Krieg führen, und die schnelle Fortbewegung einer Truppe gehört zu den größten Sorgen des Führers. Hier hat die Motorisierung aller Paffengattungen das Bild gegen 1914 gänzlich gewandelt. Die Amerikaner sind stolz auf ihre „Benzin-Brigade“, eine Formation, die sich schneller als 30 Kilometer in der Stunde fortbewegt. Da

rosen Motorradkompanien mit aufmontierten Maschinengewehren, leichte Tanks, selbst die 20-Zentimeter-Haubitzen roßen auf schnellen sechsradrigen Autogestellen und können mit einem Griff in Stellung gebracht werden. Dahinter die Munitionswagen und Brenntankwagen. Diese „Benzin-Brigade“ ist neben den Flugzeuggeschwadern, die wie Kranichschwärme den Himmel verdunkeln, das furchtbare Symbol eines künftigen Krieges.

Aber alles dies ist vielleicht nur die Oberfläche: Waffen, die sich nicht verteidigen lassen und jeder Heeresleitung bekannt sind. Das Wichtigere ruht „streng geheim“ in Archiven und Laboratorien. Da werden täglich neue Erfindungen geschaffen, Explosivgeschosse für Tanks, verbesserte Abwehrvorrichtungen für Flugzeugbomben, neue Zünder und Zündmischungen und vor allem Dinge neue Gasarten, von denen in den Rüstungsländern bereits große Vorräte liegen. Wie sich hier der Erfindergeist abmüht, neues Sterben, neue Qualen und neues Elend in die Welt zu bringen, wirkt einfach grauenhaft. Da stellte jemand Versuche an, Gasmehrlugeln in Bakterienkulturen zu tauchen. Zu seiner Befriedigung fand er, daß selbst die Hitze der abgeschossenen Kugel die Bakterien nicht tötete. So verandelt sich die Bakteriologie,

Ein Traum nur! — Ein Traum nur!

Vor Jahren träumte ich dies. Tagelang kostete der Traum auf mir wie ein Alp. Schließlich schrieb ich ihn auf, um mich von ihm zu befreien. Bogte aber nicht, ihn der Öffentlichkeit zu unterbreiten, da er mir absurd und gänzlich unzeitgemäß erschien. Vor einigen Tagen fielen die Blätter wieder in meine Hand und... hier ist der Traum:

1. Ich liege mit anderen Uniformierten unter einem großen, erd-farbenen Tuch. Eng aneinandergedrängt sind wir. In meinem Oberarm spüre ich das harte Ellbogengelenk meines Nebenmannes. Seitlich belohnt mich das Gefühl des Angefaugmerdens, wie es durch das Einsinken des eigenen Körpers in den weichen, regenwässern Lehm entsteht, die aufsteigende, lebende Feuchte in den Knien, an. Wie ferne ich auch jenes Schildbumpfe Bangen, jenes lauernde Erläutern der nächsten riefelnden Sekunden, das die gemeinsame Dunsficht beherrscht, in der unsere entböhnten Redenenden zuden. Zwischen den Fingern der Faust und dem kalten Eisen des Gewehrlaufes reiben sich feine Lehmkörnerchen. Auf dem Kopf lastet der Stahlhelm. Das Genick schmerzt, denn wir heben das Gesicht, zum Sprunge bereit.

Selbsterlebe ich andere Soldatenhäufchen unter gleichen Luchern liegen. Ich frage meinen Nebenmann: „Kamerad, was soll das Tuch?“

„Fliegerdeckung“, antwortet er. „Die modernste Art; denn du träumst vom neuen Kriege. Gleich werden wir stürmen!“

Totenstill ist es auf dem weiten, verdämmerten Felde. Meine Gedanken tropfen verwundert... „Das Kobenrste... ich träume.“

Dann zerreiht die Luft — Luchter legen hoch — Gebrausch — irduniges Geschall — und mein Bewußtsein erlischt im Grauen.

Als ich dämmern erwache, ohne ich nur, daß ich Tier, Bestie gemelen bin — wie lange? — in welchem Geschlechte?

Meine Dummheit gibt keine Antwort. In polenhatier Ex-törung stehe ich da und halte im rechtswinklig gebogenen Arm einen Stiefelschalt. Blide schreie ich: „Pressephotographen — hierher! — fotografieren! — hooööö!“

Rebel verflucht den Schall meiner Stimme. Ich sehe mich allein inmitten grauen Schmeigens. Verständnislos betrachte ich den Stiefel. Ich starre auf einen verflochten Beinstumpf, der darin steckt, habe plötzlich Bluten vor den Augen, und im Gehirn greilt das Wort „Phosphor“!

Entsetzt werfe ich den Stiefel fort — der Rebel schmilzt auf mich zu — alles verflucht — verflucht...!

2. Ringsum ist Dämmerung. Nur das Maholierweiß einer breiten, weiten, marmorartigen Brücke leuchtet geheimnisvoll. Tief unten gurgelt das dunkle Wasser eines Stromes in rasender Schmelze dahin. Ich bin allein und muß mich immer wieder ducken und die auf den kalten Fliesen verstreut liegenden Blätter und Zeitungen aufnehmen und lesen.

Flughblätter sind das und Provinzzeitungen. „Krieg!“ schreien sie alle und „Durchhalten!“ und „Held!“ und „Landesverrat!“

Und alles das muß ich lesen! Warum muß ich das nur lesen? Ich bin so müde und habe Urlaub und suche jenseits der Brücke eine Heimat. Ich bin so müde zum Groll, so müde zur Hoffnungslosigkeit.

Ich und zu muß ich mich an die Brüstung lehnen und hinabschauen auf die abgrundtiefen, strömende Gewässer. Graulich und reichlich zugleich ist das! Welch ein geheimnisvoller Fluß: es ist nicht Wasser, es ist nicht Blut — sind es Tränen? Ich bin zu müde zum nollen Danken.

Auf der Plattform, inmitten der Brücke, tritt mir ein Kamerad entgegen: grau wie ich, abgerissen wie ich, den Stahlhelm auf dem Kopf wie ich.

„Bruder!“ breite ich die Arme aus und meine erfalt auf.

„Hi!“ macht er, zieht mich hinter einen Pfeiler und schiebt mir ein Bündelchen Schriften in die Tasche.

Ich lese sie nicht und weiß doch, daß Empörung ihr Inhalt ist. Meine glühhaft gebührenden Finger umfassen sie.

„Befreiung, Bruder!“

„Du träumst das nur“, flüstert er und sieht mich traurig an.

„Sei vorsichtig! Wenn sie diese Gedanken bei dir finden, wirst du erschossen!“ — Komm, ich will dich führen!“

3. Wir treten in ein großes Haus und schreiten durch lange Korridore.

„Dies ist die Verwaltungs“, sagt mein Führer.

Blau, dunkel, spärlich brennen die Lampen in den Nischen. Jeder Bezirk ist von dem anderen durch eine Flengittertür abgetrennt. Ein heftiger, hängender Mann kommt uns auf Füßschuhen entgegengekommen. Er trägt ein Arbeitsjackett und über dem Bauch eine unechte Goldkette mit Anhänger. Der öffnet die erste Tür und sagt in dem Tonfall, in dem ein Schulfeld seine Aufgabe herbeizet: „Ich bin ein Parteiführer!“

Wir gehen weiter; hinter uns fällt die Tür ins Schloß.

Das zweite Flengitter öffnet uns ein blauer Jüngling mit langen, pamaalferren Haar und großer, horngeflochter Brille.

„Pressephotographen“, sagt er mit herablassend-verbindlicher Handbewegung.

„Schreibt ihr das auf der Brücke?“ lächelt er.

„Wir sind die Zukunft, die junge Generation! Ich bin 17,

die dem Menschen im Kampf gegen die schlimmsten Krankheiten hilft, in den grauenhaftesten Feind.“

Als Beispiel, wie moderne Erfindungen für Kriegszwecke ausgebeutet werden können, sei nur die Photogzelle erwähnt. Sie ist tausendmal empfindlicher für jeden Lichtreiz als das menschliche Auge. Flugzeuge können mittels der Photogzelle durch jeden Nebel sehen; Rinen entzünden sich selbsttätig, wenn nur der Schein einer Taschenlampe aufblitzt. So ist es mit unzähligen anderen Dingen. Fast jede Industrie in den Rüstungsändern hat ihre besondere Ab-zweigung: „für militärische Zwecke“. Dasi zerbrechen sich Techniker und Chemiker ihre Köpfe, sind stolz auf ihre Taten und hoffen auf ihr eigenes Glück — das über Millionen und Millionen Unglück bringen wird.

Wer heute auf dem Standpunkt steht — und es sind nicht wenige —, daß „nur ein richtiger Krieg die Welt retten könne“, wird freilich nicht begreifen, welsch ungeheuren Widerstand der Erfindergeist hier geschaffen hat, wie dem Dogma menschlicher Entmildung hier ins Gesicht geschlagen wird. Forschung und Fortschritt sollten dem Leben dienen — aber nicht dem Tod! Wann werden die Welt und besonders jene Erfinder diese ewige Wahrheit begreifen? — etc.

mein Herr, bin Intellektueller und werde nach dem Kriege freier Schriftsteller sein. Aber Sie werden das nicht recht verstehen! Das große Erleben reißt uns schnell!“

„Berächtlich, überlegen funkeln seine Brillenaugen mich an.

„Erwürgt den Krieg, ihr Jungen!“ sagt mein Begleiter heftig.

Der blasse Jüngling klappt ihm mohlwollend auf die Schulter: „Was müssen Sie, Berechtigt, letzten Endes vom Naturereignis Krieg? Sie verlieren da draußen den Ueberblick!“

Bergweilung packt mich. Ich meine und tobe, reiße meinen Helm herunter, werfe ihn in die Ecke und trete mit meinen Nagelstiefeln darauf herum.

Bläulich weiten sich meine Augen: der harte Stahlhelm ist eingedrückt wie ein Fluch!

4. Mein Führer packt mich hart am Arm und reißt mich hinter die Ecke des Wochthauses.

„Stehst du, da üben sie wieder!“ flüstert er.

Auf dem gelben Kies eines Übungspfluges sehe ich Gruppen neuangelegter Soldaten in erhaltene Bewegungen exerzieren.

Mitten in der Reihe des Pfluges ist durch eine Hürde ein rechteckiger Rasenplatz eingefriedet. Dort hinein werfen die Lebenden sonderbar gefornete flache Stechhohlkörper, die beim Aufschlagen scharf zischen.

Run ist plötzlich mir noch das unfriedete Rasenstück da, doch jetzt ganz nahe und groß. Wir schauen von einem kleinen Hügel darauf hinab und sehen, wie durch die beiden weit geöffneten Tore der Umzäunung lebend ein Haufe buntfarbig gekleideter Soldaten quillt. Immer mehr. Der Strom nimmt erst ein Ende, als der Pfl vollkommen gefüllt ist.

Jetzt erscheinen zwei dreibrüstige Ordenträger in Generalsuniform, stemmen weißbehaudschulte Fäuste gegen die Latzen und lauffeilen gleichen Schrittes, der eine von rechts, der andere von links, die Torflügel ans Gatter. Die Hürde ist geschlossen.

Drinne aber tanzt noch immer die schädliche Herde uniformierter Menschen eifriglich umher. Alle Sprachen der Erde brüllen durcheinander; jede Farbe, jeder Schnitt ist in den Kriegsanzügen zu finden.

Beim Anblick dieser durcheinanderwieselnden, mahnsinnserregten Gesichter, dieser aufgerissenen Mäuler und in fanatischer Regeneration glänzenden Augen denke ich plötzlich entsetzt: „Mein Gott, dies war doch der Übungspfl — das Gas — das Gas!“

Ich drehe mich zu meinem Begleiter um, aber der ist verschwunden.

Als ich wieder hinabblicke, hat dort unten das Sterben schon begonnen. Ich sehe gekrampfte Arme, verzweifelt hilflosuchende Augen, sehe hier und dort schon einen rückelnden, zuckenden Körper sich am Boden wälzen, und denke: „Wie gut, daß es nur ein Traum ist! Ich möchte sie sonst hören hören, hören, wie im letzten Krieg!“

Doch im gleichen Augenblick tönt die Qual zu mir empor. Alle Sprachen sind sich gleich im Stammeln dieses entsetzlichen Sterbens. Grauen läßt mich irren.

Plötzlich ist eine Stimme an meinem Ohr und flüstert: „Du magst sie nicht hören, Träumer? — Sieh nur!“

Ich erblicke die gleiche Herde, die verzweiflungslos an der Hürde entlang einen Ausweg sucht oder sich in Kämpfen am Boden wühlt; aber alle Gesichter gleichen jetzt Schafgesichtern. Ueber jedem bunten oder grauen Uniformtragen liegt jetzt der Kopf eines Schlachthammels. Das Schreien ist verstummt. In wilden Sprüngen läuft eine uniformierte Herde Schlachtoisch am Gatter entlang um ihr Leben.

Und die trallige Angst der grollen-rasenden Bewegungen, das tonlose Entlanggleiten einer dem Tode verfallenen Masse an den Wänden ihres Karzers ist nicht minder grauenhaft als vorher das Geschrei der Sterbenden. Wir ist, als müßte Satan grinsend an meiner Seite stehen. Ueber der Pfl neben mir ist leer.

5. Unten läuft nun niemand mehr. Die Uniformierten haben ihre menschlichen Gesichter wieder erhalten und liegen tot oder sterbend am Boden.

Inmitten des Rechts quillt sich jetzt ein Regner mit letzter Kraft ins Anie, hebt die gefalteten Hände und bietet fallend zum Himmel empor: „Lieber Gott, mir bitten dich nur um eins, mir bitten nur, du mögest nicht immer nur herabschauen. Höre doch auch einmal herab! Schaffe dir Ohren an, du gütiger, schaffender Gott! Schenke dir Ohren!“

Und rings um den Regner steigt ein Geheul empor, der Chor der Verdammten der Hölle!

„Ganz recht: Verdammte der Hölle!“

„Wer sagt das?“

„Kun, du träumst ja nur. Nicht wahr, ein übler Traum?“

Aber Träume sind Schäume! Wer wuß behaupten, daß Traum Erleben ist?“ Die Stimme medert höhnlich: „Ihr blauen Toren hängt euch um den Himmel, angstigt euch vor der Hölle — und merkt gar nicht, daß ihr zu tiefst im Höllenpfl steht, daß ihr Verdammte der Hölle seid — non Anfang an — hineingeboren!“

Mein Kamerad steht auf einmal wieder neben mir.

„Hörst du die Stimme?“

Wilde schüttelt er den Kopf, duckt sich, greift in die Erde und läßt die Strumen langsam durch die Finger rieseln.

„Ich bin ja tot“, sagt er traurig.

E. Wendt.

Kamarilla des Reichslandbundes.

Neuer Kampf um das Schicksal der bankrotten ostelbischen Großgüter.

Man hat bisher das Siedlungsprogramm der Reichsregierung für eine seit langem tote Leiche gehalten. Die großagrarische Kamarilla hat aber in Reuders und in ihrer Presse einen Sturm gegen das Siedlungsprogramm entfesselt. Sie wollen Besitzverhältnisse auch für die hoffnungslos bankrotten Güter oder Bodenpreise, die jedes Siedeln launisch unmöglich machen. Neue Subventionen, gleichviel in welcher Form, sind das Ziel.

Tausende von landwirtschaftlichen Betrieben können trotz aller Dürftmaßnahmen nicht mehr saniert werden. Da das Sicherungsverfahren für diese Betriebe funktionslos geworden ist, hat das Reichsarbeitsministerium, das die Siedlungsfragen in der Reichsregierung bearbeitet, einen Beschluß erlassen.

Gegen diesen Beschluß geht der Kampf.

Nach diesem Entwurf wird dem Dürftkommissionar das Recht eingeräumt, alle nicht mehr entschuldungsfähigen landwirtschaftlichen Betriebe, für die andere, die Gewähr zweckmäßiger Verwendung bietende Erwerber nicht vorhanden sind, entweder freihändig oder im Wege der Zwangsversteigerung für die öffentliche Hand zu erwerben. Die erworbenen Güter sollen von einer Auffangorganisation übernommen werden, welche die Bewirtschaftung bis zur Aufstellung zu Siedlungszwecken oder sonstiger Verwendung durchführt.

Der Uebernahmepreis für die bankrotten Güter soll — wie für jeden zugrunde gerichteten Betrieb — selbstverständlich niedrig sein; andernfalls würden die anzuziehenden Siedler mit viel zu hohen Kosten belastet und dadurch lebensunfähig sein. Aber auch, wenn die Güter aufgefressen oder in Anteilmirchenschaften unter staatlicher Aufsicht erledigt werden, hängt ihre zukünftige Rentabilität vom Kaufpreise ab. In vielen Fällen können deshalb mehr als 50 bis 60 Proz. des Einheitswertes nicht angelegt werden. Die Forderungen der Gläubiger sollen, soweit sie nicht sofort zu bezahlen sind, für 10 Jahre gestundet und mit 6 Proz. verzinst werden. Somit der Entwurf.

Es handelt sich um einen durchaus vernünftigen Vorschlag. Er geht nicht vom Interessentenstandpunkt der Besitzer oder irgendwelcher Gläubigergruppen aus, sondern von wirtschaftlichen und Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten, nach denen allein eine Bereinigung der ostdeutschen Agrarkrise erfolgen kann. Gerade deshalb aber wird jetzt von allen Seiten Sturm geblasen.

Auflauf erscheinen noch die Forderungen der Gläubigerverbände. Diese verlangen, daß nicht nur die ersten Hypothekengläubiger, sondern auch die Gläubiger der nachgestellten Hypotheken und der Personalkredite berücksichtigt werden. Man hört, daß eine Regelung gesucht wird, nach der die nachgestellten Hypothekengläubiger eine Abfindung in Form von 4-prozentigen Schuldverschreibungen erhalten sollen.

Die gefährlichsten und auch politisch bedenklicher sind jedoch die Angriffe, die vom Reichslandbund und den Deutschnationalen gegen das Bereinigungsprogramm des Reichsarbeitsministeriums gerichtet werden.

Mit aller Energie werden von diesen Vertretern der schon längst überfälligen Junkerkrise jetzt alle möglichen Regierungsstellen, in erster Linie der Reichspräsident beantragt, um das Ab-

treten der jetzigen Besitzer von den hoffnungslos bankrotten Betrieben zu verhindern.

Der Reichslandbund fordert, daß die Frage, ob ein Gut nicht mehr entschuldigt werden kann, nur durch eine berufsmäßige Entscheidung erfolgen soll, und zwar durch einen von der Landwirtschaftskammer unter Zuziehung der freien Berufsorganisationen (sprich Landbund) einzuberufenden Ausschuß. Als oblige Ausschaltung der Staatsverwaltung! Ferner soll der Preis, zu welchem das Gut von der Auffangorganisation übernommen wird, von der Landwirtschaftskammer genehmigt werden, und zu einem unter dem Einheitswert liegenden Preis soll ein Gut überhaupt nicht verkauft werden dürfen! Als Sicherung eines hohen Rentenkapitals auch für den unfähigsten Gutsbesitzer!

Diese Landbundforderungen sind geradezu grotesk.

Man sollte es nicht für möglich halten, daß sie von der Reichsregierung, die Steuererlöse und Garantien verwendet, ernsthaft diskutiert werden. Die Entscheidung über die Entschuldigung den Landwirtschaftskammern und dem Reichslandbund zu überlassen, in denen die Interessenten unter sich sind, — eine solche Forderung legt nach zu stellen, ist einfach hannebüchsen. Hinsichtlich der Forderung, daß ein Gut nur zum Einheitswert von der Auffangorganisation übernommen werden darf, scheint der Reichslandbund noch nicht begriffen zu haben, daß der Einheitswert als Steuermaß nur einen Durchschnittswert darstellt. Es gibt Betriebe, deren Verkaufswert über dem Einheitswert liegt, und deren Besitzer sich hüten würden, ihr Gut zum Einheitswert zu verkaufen. Ebenso gibt es aber bankrotte Betriebe, bei denen Preise, die unter dem Einheitswert liegen, einfach selbstverständlich sind. Solche Besitzwechsel sind tausendfach in Deutschland erfolgt und erfolgen täglich; aber bei den mit Subventionen überfütterten Großagrarikern darf das nicht geschehen!

Neben diesen offiziellen Forderungen des Landbunds wird bei den maßgebenden Regierungsstellen eine allgemeine Abwertung der ersten Hypothek angekreht, um die bankrotten Betriebe in der Hand der bisherigen Besitzer zu erhalten.

Sollte man glauben, daß irgendeine Reichsregierung einem derartigen Wirtschaftsunfug zustimmen und eine solche geradezu schamlose Besitzerhaltungspolitik auf Kosten anderer und zum Schaden aller betreiben kann? Die Folge einer derartigen Familienanierung wäre, daß jetzt auch noch der Realcredit zerstört wird, nachdem der Personalkredit der Landwirtschaft durch die Dürftmaßnahmen im letzten Herbst bereits gelitten hat und nur mit Hilfe von Reichsbürgschaften notdürftig in Funktion gehalten wird. Für die Zukunft einer aufbauenden Dürftpolitik würden ebenfalls alle Grundlagen zerstört. Die für die Besitzer geretteten Betriebe würden weiter schlecht verwaltet und selbstverständlich bald wieder neue Subventionen beanspruchen.

Eine Bereinigung der ostdeutschen Verhältnisse wäre so unmöglich; denn diese kann nur erfolgen durch die Ausmerzung aller hoffnungslos überschuldeten Betriebe und ihrer Umwandlung in eine andere, den jetzigen Verhältnissen entsprechende Besitz- und Betriebsform. Keine Regierungsstelle kann guten Gewissens die Verantwortung für die Erfüllung der Forderungen der Großagrarierkamarilla übernehmen.

gänge im Durchschnitt 20 Prozent betragen. Danach war also das Unternehmen in der Lage, seine Umsätze mengenmäßig ganz beträchtlich zu erhöhen.

Die Verwaltung hat vergessen, in ihrem Jahresbericht den Stand der Belegschaft im vergangenen Betriebsjahr anzugeben. Es würde sich bei einer Feststellung der Belegschaftsstärke zweifellos ergeben, daß zu dem glänzenden Krisenabfluß der Conrad Lack u. Co. vor allem die Leistungssteigerung der Belegschaft beigetragen hat, denn die Rationalisierung in der Schuhindustrie hat, wie viele Beispiele beweisen, zu einer ganz beträchtlichen Senkung des Lohnkostenanteils geführt.

Selbstmord durch Lohnabbau.

Das erste Vierteljahr 1932 brachte überall tiefen Produktionsrückgang.

Das Institut für Konjunkturforschung veröffentlicht zusammenfassende Urteile über die Entwicklung einzelner Produktionszweige vom Dezember 1931 bis März 1932, also desjenigen Zeitabschnittes, in dem durch Lohnabbau einem weiteren Verfall der Wirtschaft Einhalt getan werden sollte. Die Daten des Konjunkturinstituts sind für die Politik eines Lohnabbaues, bei dem nicht zugleich die Kaufkraft erhalten blieb, wie es geschah, geradezu vernichtend.

In der Landwirtschaft ist trotz Erhöhung der Getreidepreise von einer Besserung der Rentabilität keine Rede.

In der Industrie ist die Produktion wichtiger Zweige indemäßig von 59,4 im Dezember auf 55,3 im März weiter zurückgegangen. Die Verbrauchsgüterindustrie, die in erster Linie von den Löhnen und Gehältern leben, beschäftigt statt 44,7 Proz. der Arbeitsplätze im Dezember nur 41,2 Proz. im März.

In der Maschinenindustrie lagen die Auslandsaufträge im Durchschnitt des ersten Quartals 1932 um 22 Proz. unter dem des letzten Quartals 1931, was freilich auch eine Folge der ausländischen Zollpolitik ist. Die inländische Auftragserteilung hat nur isoliert zugenommen.

In der Elektrotechnischen Industrie hat sich die Beschäftigung etwa um ein Fünftel verringert. In der Kraftfahrzeugindustrie sind Produktion und Beschäftigung gegenüber dem Vorjahr erheblich zurückgegangen.

In der Bauwirtschaft ist die jahreszeitliche Zunahme der Beschäftigung durch den außergewöhnlichen Tiefstand der Baubeginne und den geringen Bestand an unvollendeten Bauten fast völlig ausgeblieben.

Die Beschäftigung der papiererzeugenden Industrie hat weiter abgenommen. In der Textilindustrie steht die Beschäftigung unter dem Druck der sinkenden Maschineneinkommen. Die Textilindustrie hatte eine erheblich geringere Beschäftigung als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Die Umsätze des Einzelhandels lagen im ersten Vierteljahr merklich um 17 Proz. unter der Vergleichszeit des Vorjahres. Die Wirtschaftslage des Handwerks hat sich weiter verschlechtert.

Demgegenüber wird heute immer noch Lohnabbau betrieben! Wie lange noch?

Konsumvereine im ersten Quartal 1932.

Der Kaufkraftmord hat sich auch hier stark ausgewirkt.

Nach dem Bericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine haben die berichtenden 661 Konsumgenossenschaften mit mehr als 400 Mitgliedern im ersten Quartal 1932 nur 195 Mill. Mark umgesetzt gegenüber noch 257 Millionen im ersten Quartal 1931. Der Umsatz liegt gegenwärtig unter der Vergleichszeit des Jahres 1927 (206 Millionen).

Wenn auch gut die Hälfte dieses Umsatzrückganges auf die Preisentwicklung zurückzuführen ist, kann nichts deutlicher als diese Entwicklung das volkswirtschaftliche Verbrechen kennzeichnen, das im Lohnabbau mit gleichzeitiger Senkung der Kaufkraft liegt. Die Mitglieder haben ihrem Verein die Treue gehalten. Die Zahl der Mitglieder lag mit 2,89 Millionen höher als in Zeiten der besten Konjunktur. Sicher haben die Mitglieder im Verhältnis ihren Bedarf auch härter als früher im Konsumverein gedeckt, aber Treue zur Verbraucherorganisation hilft nichts gegenüber einer Politik, die den Hausfrauen das Geld zum Einkufen stärker kürzt als die Preise sinken. Der durchschnittliche Umsatz je Mitglied ging nicht ganz so stark zurück. Er sank in den verglichenen Quartalen von 85,94 auf 67,21 Mark, also um 22 Proz., während der Gesamtumsatz um 24 Proz. zurückging.

Die Notabhebungen bei den Sparkassen der Konsumvereine haben nachgelassen. Die Einlagen gingen gegenüber dem vierten Quartal des Vorjahres von 317 auf 299 Millionen zurück, die Abhebungen haben sich aber von 43 auf 18 Millionen verringert.

Für die Einkaufsdisziplin der Vereine und die Leistungsfähigkeit der G. C. O. und ihrer eigenen Betriebe sprechen folgende Ziffern: Mit 42,5 Proz. ist der Anteil des bei der G. C. O. gedeckten Einkaufs am Umsatz der Vereine günstiger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Der Anteil der in den Eigenbetrieben der G. C. O. erzeugten Waren am Umsatz der Vereine hat sich im Vergleich zum ersten Quartal 1931 von 12,8 auf 16,8 Proz. erhöht.

Folgen der Bankenjanierung.

Wieder Zunahme der fremden Gelder in den Aprilbilanzen.

Die von der Reichsbank für Ende April veröffentlichten Bankbilanzen zeigen gegenüber Ende März wieder eine Zunahme der den Banken überlassenen fremden Gelder und auch eine Vermehrung der von den Banken wieder ausgetretenen Kredite. Die Bankenjanierung hat das den Banken entgegengebrachte Vertrauen scheinbar erhöht; die Zunahme fremder Gelder ist aber auch angeht die Stärke auf dem Kapitalmarkt und der Fortdauer der Depression natürlich. Zu beachten ist auch, daß die Großbanken durch Kapitalerhöhungen und Sanierungskredite mehr Gelder zur Verfügung haben. Die Entwicklung ist bei den Großbanken schlecht zu verfolgen, da beispielsweise die Ziffern des Barmer Bankvereins jetzt bei der Commerzbank erscheinen, also aus den Ziffern der Provinzialbanken ausgeschlossen sind.

Bei sämtlichen Kreditbanken sind die fremden Gelder von Ende März bis Ende April von 9138 auf 9301 Mill. Mark gestiegen. Akzept sind nur um 9 auf 973 Mill. Mark erhöht. Die Finanzmedienverpflichtungen (Anfossamente) wurden — offenbar im Zuge der Bankenjanierung — abgebaut, und zwar bei sämtlichen Banken von 1483 auf 1362 Millionen, bei den Berliner Großbanken allein von 1230 auf 1106 Millionen (hier waren es Ende Februar noch 1402 Mill. Mark).

Da die Sanierung den Kredit der Banken erhöht hat, wurden auch die bis dahin gemaltom hochgehaltenen flüssigen Mittel

verringert und teilweise zu neuer Kreditgewährung verwendet. Barkasse auf lagernde und schwimmende Waren (Luftverkehrsanfinanzierung) stiegen bei sämtlichen Banken von 1223 auf 1267 Millionen. Gemährte Kredite (Debitoren) erhöht sich von 6083 auf 6178 Mill. Mark. Ein großer Teil der neuen Mittel, die die Sanierung gebracht hat, wurde offenbar zum Rückkauf von Wechseln verwendet, die vorher bei der Reichsbank diskontiert waren. Die Wechsel- und Schatzanweisungsbekände stiegen bei sämtlichen Banken von 1906 auf 2180 und bei den Großbanken sogar von 1380 auf 1613 Millionen Mark. Die der Börse gemährten Kredite gingen bei sämtlichen Banken weiter von 100 auf 90 Millionen zurück.

9 Prozent Lack- Dividende.

Erhebliche Umsatz- und Gewinnsteigerung.

Die Conrad Lack u. Co. A.-G. in Berlin und Burg, die mit an führender Stelle unter den deutschen Schuhfabriken steht, veröffentlicht jetzt ihren Jahresabschluss für 1931, der überraschende Ergebnisse bringt. Der Reingewinn hat sich gegen 1930 von knapp 647 000 auf über 652 000 Mark erhöht und liegt damit noch um reichlich 12 Prozent über dem Ertrag des letzten Konjunkturjahres 1929. Die Gesellschaft zahlt die gleich hohe Dividende von 9 Prozent wie im vergangenen Jahr.

Am bemerkenswertesten ist, daß der merkmäßige Umsatz gegen 1930 nur ganz geringfügig gesunken ist, obwohl die Preisrück-

Ganz Berlin kennt jetzt



PUTZFRAU VIM



Alles ist von dieser Bekanntheit entzückt. Kein Wunder, denn Putzfrau Vim ist billig und tüchtig! Im Handumdrehen schafft sie Glanz und Sauberkeit in Küche und Haus. Ohne die Hilfe von Vim will keine sparsame Hausfrau mehr sein.

Vim ist jetzt so billig! Die Normaldose kostet nur noch 20 Pfennig, die Doppeldose 35 Pfennig! Und jede Dose trägt den wertvollen Sunlight-Gutschein für schöne Gaben!

Wer Vim benutzt, hat gut geputzt!

VIM

DIE PUTZFRAU IN DER DOSE

